



LANDESFRAUENRAT
Berlin

be  **Berlin**

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

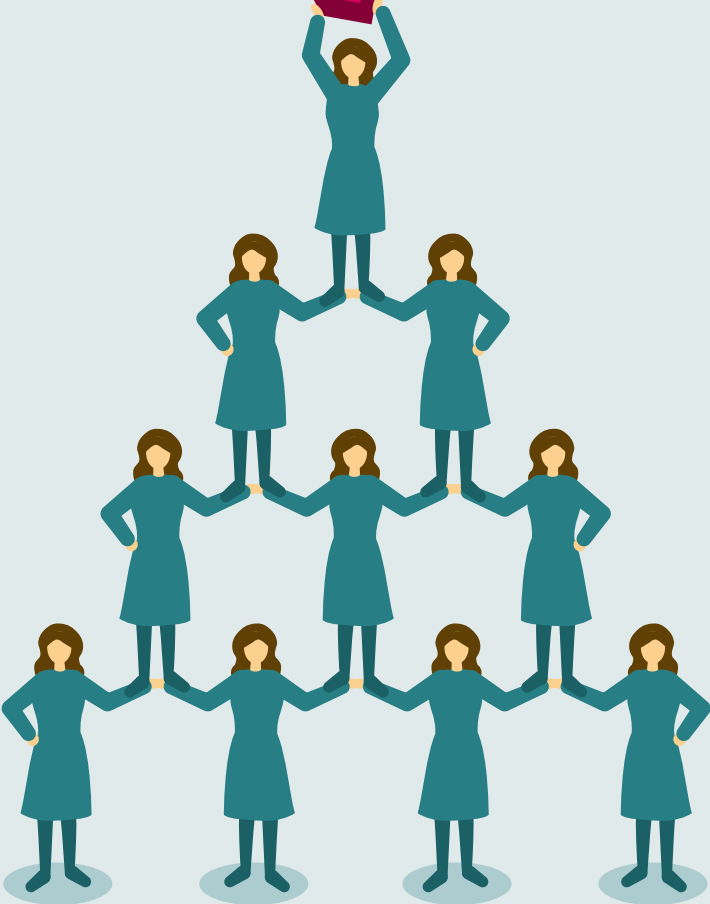


Berlin – Stadt der Frauen



Berlin – Stadt der Frauen

Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – so steht es im Grundgesetz (Artikel 3). Die tatsächliche Gleichberechtigung im Alltag ist trotz vieler Fortschritte noch nicht erreicht. Ein Grund, sich einmal näher mit der Situation von Frauen in Berlin auseinanderzusetzen.

Wie haben Frauen die Geschichte Berlins geprägt? Wie leben und engagieren sich Frauen heute in Berlin? Wie bestimmen Frauen politisch mit? Und über welche Perspektiven wird diskutiert?

Die Autorin Simone Schmollack hat zu diesen Themen Fakten und Perspektiven zusammengetragen. Nicht alle in der Broschüre genannten Positionen geben die Haltung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und des Landesfrauenrates Berlin wieder. Wir sind aber der Meinung, dass sie dazu anregen können, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Viel Freude beim Lesen!

Danke auch an Anna Stahl-Czechowska für die Idee, eine Broschüre zum Thema zu erarbeiten.

Ihr Landesfrauenrat Berlin

Ihre Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Inhalt

Einleitung	6
------------------	---

1

Ein Blick in die Geschichte: Frauen bewegen Berlin	8
Beginn der Frauenbewegung in Preußen und Berlin	8
Gründung der ersten Frauen-Zeitung	10
Der Kampf um das Frauenwahlrecht	11
Backlash während des Ersten Weltkriegs	12
Wichtige Frauen in der Berliner Politik	13
»Erfindung der modernen Frau« in der Weimarer Republik	16
Die Frau als Arbeitskraft im Zweiten Weltkrieg	17
Frauenbewegung in Ost und West	17
Feminismus und Frauenbewegung heute	19

2

Alltag und Engagement von Frauen	20
Erwerbstätigkeit, Familie, Alleinerziehende	20
Interview mit Gisela Notz, Historikerin und Arbeitsmarktforscherin	22
Interview mit Claudia Chmel, Geschäftsführerin des Berliner Landesverbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)	24
Gesetze für mehr Gleichstellung	26
Interview mit Henrike von Platen, Unternehmensberaterin und Gründerin des Fair Pay Innovation Lab	28
Frauen in Führungspositionen	29
Interview mit Monika Schulz-Strelow, Präsidentin des Vereins Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR)	30
Ehrenamt	32
Interview mit Sabine Werth, Vorstandsvorsitzende der Berliner Tafel	32
Interview mit Ines Brüggemann, Koordinatorin Unternehmensengagement Stiftung »Gute Tat«	34

Frauen mit Behinderungen	36
Frauen mit Migrationshintergrund	37
Interview mit Katarina Niewiedzial, Integrationsbeauftragte des Berliner Senats	38
Interview mit Livia Valensise, Sozialpsychologin und Koordinatorin bei Ban Ying, Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel	40
Sexuelle Orientierung	42
Häusliche Gewalt	43

3

Frauen in den Parlamenten

Frauen in den Parlamenten	44
Frauen im Bundestag	44
Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus	46
Frauen in den Bezirksverordnetenversammlungen	47
Paritätswahlgesetz	47
Interview mit Dr. Helga Lukoschat, Politologin und Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF)	48
Frauentag als Feiertag	50
Politik konkret	50
Interview mit Ines Schmidt, Linkspartei, Mitglied des Abgeordnetenhauses	52
Interview mit Ina Czyborra, SPD, Mitglied des Abgeordnetenhauses	53
Interview mit Katrin Vogel, frauenpolitische Sprecherin der CDU im Abgeordnetenhaus	55
Interview mit Barbara Schaeffer-Hegel, Politologin und Gründerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) sowie der Femtec GmbH für weiblichen Führungskräftenachwuchs in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik	56

4

Frauen machen mit

Frauenprojekte und -initiativen in Berlin	58
---	----

» Berlin – Stadt der Frauen«

Einleitung

Berlin – Stadt der Frauen. Dieser Titel, der auf die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin zurückgeht, ist nicht zufällig gewählt. In Berlin leben nicht nur mehr Frauen als Männer, sie prägen das gesellschaftliche, politische, soziale und kulturelle Leben der Stadt außerordentlich mit. Mehr noch, sie wollen die Stadt verändern, ihr einen modernen und gerechten Anstrich geben. Und sie wollen mitgestalten – ob in den Kiezen, in den Wissenschafts- und Kultureinrichtungen oder in der Landesregierung. Berlin ohne die aktive Beteiligung der Frauen – undenkbar.*

*Heute leben in Berlin rund 3,7 Millionen Menschen, davon sind mehr als die Hälfte Frauen (50,5 Prozent).** Von den rund 748.500 Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft sind 47,5 Prozent weiblich. Die meisten kommen aus Ländern der Europäischen Union. Mit Abstand am stärksten vertreten ist allerdings das Herkunftsland Türkei, dann gefolgt von Polen.*



Logo der ÜPFI

Im Durchschnitt sind Berliner Frauen 43,8 Jahre alt. Etwas weniger als die Hälfte der Frauen in Berlin hat Abitur (47,5 Prozent).

56,3 Prozent der Frauen in Berlin ab 18 Jahren sind erwerbstätig (Männer: 66 Prozent). Berufstätige Frauen arbeiten im Durchschnitt 33,4 Stunden in der Woche (Männer: 37,2). Ihr Bruttostundenverdienst liegt 13 Prozent unter dem von Männern (deutschlandweit: 21 Prozent).

32,9 Prozent der Frauen in Berlin sind verheiratet, 8,6 Prozent geschieden, 10,7 Prozent verwitwet und 47,8 Prozent ledig. Damit ist Berlin eine Stadt der Singles, unter ihnen sind viele Alleinerziehende. In rund 28,1 Prozent der Familien wachsen Kinder und Jugendliche bei nur einem Elternteil auf, meist ist das die Mutter. Von den knapp 100.000 Alleinerziehenden in Berlin sind rund 90.000 Frauen. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern ist doppelt so hoch wie in der übrigen Bevölkerung. ***

* Der Titel »Berlin – Stadt der Frauen« geht auf die »Überparteiliche Fraueninitiative Berlin, Stadt der Frauen« zurück. Die »ÜPFI« ist ein Bündnis politisch engagierter Frauen, unter anderem aus den Fraktionen des Abgeordnetenhauses, der Landesregierung sowie aus Frauenprojekten und Gewerkschaften.

** Quellen der statistischen Angaben: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Übersicht »Einfach Durchschnitt«, 2019 mit Zahlen von 2017 und 2018 sowie Statistischer Bericht A 15 – hj 2 / 18) sowie Gender Datenreport 2017 der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (Zahlen aus diesem Report beziehen sich auf das Jahr 2016)

*** Studie »Alleinerziehende in Deutschland 2017«, Statistisches Bundesamt



Mehr Informationen unter
[▶ statistik-berlin-brandenburg.de](https://statistik-berlin-brandenburg.de)

1 Ein Blick in die Geschichte: Frauen bewegen Berlin

Frauen spielten in der Historie Berlins immer eine große Rolle. Berlins Geschichte beginnt vor etwa 800 Jahren mit der Gründung der Doppelstadt Berlin-Cölln. Die älteste urkundliche Erwähnung Berlins stammt aus dem Jahr 1244. Damals prägten Frauen das Bild der Stadt unter anderem als Händlerinnen, Kauffrauen, Kürschnerinnen, Schneiderinnen, Prostituierte, Bäuerinnen. Für den Familienunterhalt waren sie unentbehrlich, ohne Frauen und ihre vielseitigen Leistungen konnten Familien in der Regel nicht überleben. Trotzdem hatten Frauen kaum Rechte. Sowohl die Kirche als auch der Staat beschnitten die Unabhängigkeit und die Freiheit von Frauen, wo sie nur konnten.

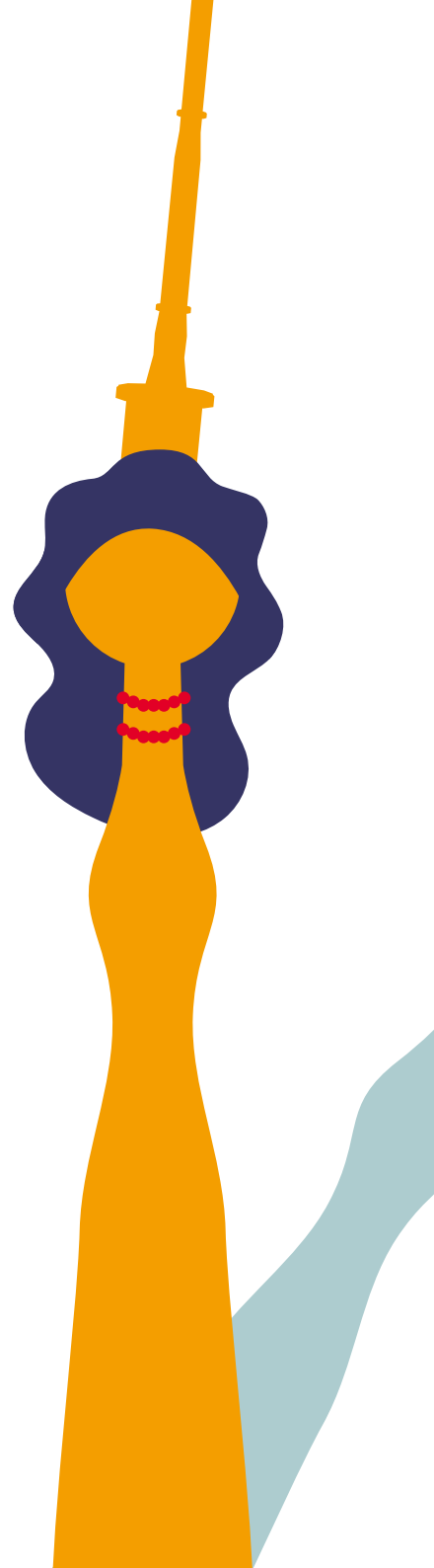
Beginn der Frauenbewegung in Preußen und Berlin

»Männer machen Geschichte«, sagte einmal der Publizist und Reichstagsabgeordnete Heinrich von Treitschke (1834 bis 1896). Damit schloss der Mann, der sich als Historiker vor allem der Geschichte Preußens widmete und später durch antisemitische Äußerungen auffiel, Frauen als sozial und politisch aktive Wesen aus. Wie falsch von Treitschke lag, zeigt allein die Liste der Prinzessinnen, Fürstinnen und anderen adligen Frauen. Sie sorgten durch Ehen mit Prinzen, Grafen und Königssöhnen zum Teil mit Preußen verfeindeter Länder nicht nur dafür, dass Preußen größer und größer wurde, sondern trugen mit Hilfe ihres politischen Einflusses erheblich zum wissenschaftlichen und künstlerischen Leben bei. Frauen wie die Herzogin Sophie Charlotte von Hannover (1668 bis 1705) und die Kurfürstin Katharina von Brandenburg-Küstrin (1549 bis 1602) holten die medizinische Forschung, die Wissenschaften und die Oper nach Berlin. Zudem eröffnete Kurfürstin Katharina im Bezirk Wedding eine Molkerei, deren Produkte sie am Molkenmarkt in Mitte verkaufen ließ.

Von dem Ertrag gründete sie etwa um 1571 herum die Schlossapotheke, in der Medikamente unentgeltlich an Bedürftige und Arme abgegeben wurden.

Im preußischen Berlin entstand eine Frauenbewegung, die sich damals noch nicht so nannte, aber dennoch wegweisend für die Entwicklung von Emanzipation und Feminismus in Berlin war. Nachdem 1865 in Leipzig auf einer Frauenkonferenz der deutschlandweit erste Frauenverein, der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF), gegründet worden war, wurde eine Lawine losgetreten: für Frauenbildung, Frauenwahlrecht, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und gegen Frauenarmut.

Noch im Gründungsjahr des ADF entstanden zahlreiche Lokalvereine, insbesondere in Berlin. Eine wichtige Rolle spielte der »Berliner Frauen-Verein zur Beförderung der Fröbel'schen Kindergärten« (Berliner Fröbel-Verein), der sich für die Gründung von Kindergärten und für neue Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen einsetzte.



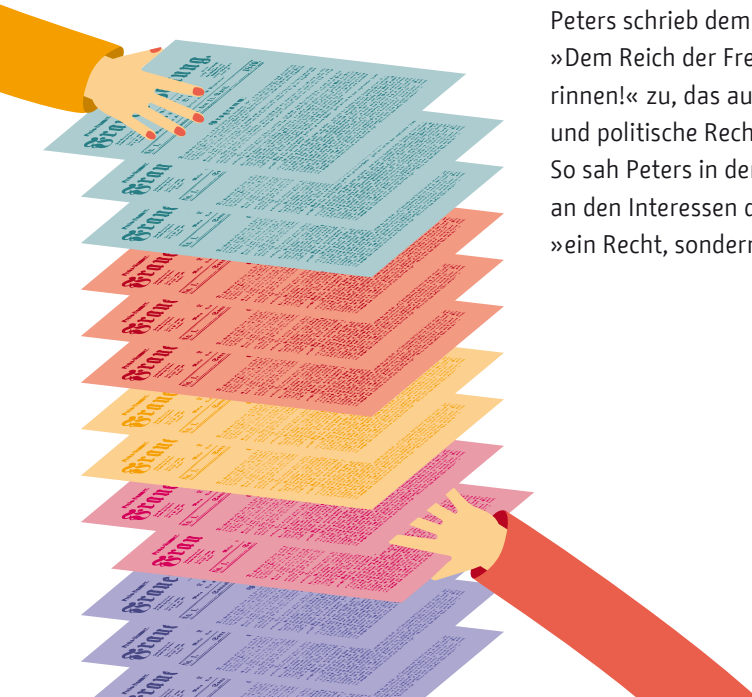
1894 gründete sich der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), der als Dachorganisation die zahlreichen Frauenvereine bündelte. Die meisten Frauen in den Vereinen fühlten sich allerdings nicht der Frauenbewegung im engeren Sinne zugehörig, sondern verfolgten vor allem karitative und berufsbildungspolitische Ziele. So waren Arbeiterinnen im BDF zwar willkommen, sozialistische Frauenvereine indes blieben ausgeschlossen. Grund dafür war unter anderem, dass sich Frauen bis 1908 in Preußen und Berlin nicht politisch betätigen durften. Die Mitglieder im BDF fürchteten, dass sich dieser auflösen müsste, würden sozialistische Frauenvereine aufgenommen. Umgekehrt fühlten sich Arbeiterinnen nicht angemessen von den bürgerlichen Frauen politisch vertreten.

Gründung der ersten Frauen-Zeitung

1849 gründete die sozialkritische Schriftstellerin und Publizistin Luise Otto Peters (1819 bis 1895) im Zuge der revolutionären Umwälzungen um 1848 in Leipzig die »Frauen-Zeitung«, die bis Juli 1853 wöchentlich jeden Samstag erschien. Peters wurde später die erste Vorsitzende des ADF, dessen Geschicke sie lange Zeit prägte.

Die »Frauen-Zeitung«, die sich selbst als »Organ für die höheren weiblichen Interessen« bezeichnete, war ein Sprachrohr vor allem für bürgerliche Frauen. Das Blatt setzte sich vor allem mit aktuellen sozial- und bildungspolitischen Themen auseinander und berichtete über das Leben und die Aktivitäten von Frauen im In- und Ausland.

Peters schrieb dem Blatt das Motto »Dem Reich der Freiheit verb ich Bürgerinnen!« zu, das auf mehr bürgerliche und politische Rechte für Frauen zielte. So sah Peters in der »Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates« nicht nur »ein Recht, sondern eine Pflicht«.



Die Zensurbehörden beobachteten die »Frauen-Zeitung« mit besonderer Aufmerksamkeit, Peters musste Hausdurchsuchungen und Verhöre über sich ergehen lassen. 1851 wurden die von ihr mitbegründeten Dienstboten- und Arbeiterinnenvereine aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes von 1851 verboten. 1850 wurde die »Frauen-Zeitung« ein erstes Mal und 1853 endgültig aufgrund eines neuen Pressegesetzes verboten, das nur Männern erlaubte, Redakteure zu sein. Danach durften Frauen nicht einmal Mitglied der Redaktion sein.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht

Am 19. Februar 1919 trat eine Frau im Nationaltheater in Weimar mit folgenden Worten ans Mikrofon: »Meine Herren und Damen!« Das war so ungewohnt wie bedrohlich – für die Männer im Saal. Die Frau am Mikro hieß Marie Juchacz und war Frauenrechtlerin, in dem Theatersaal tagte die neue Nationalversammlung der Weimarer Republik. Fortan sollten dem Parlament auch Frauen angehören, das erste Mal in der deutschen Geschichte. Juchacz war eine von ihnen.

»Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf«, sagte Juchacz weiter. Dafür hatten Frauen hart gekämpft. Im Oktober 1918 forderten 58 Frauenorganisationen in einem Schreiben an den Reichskanzler das sofortige »Frauenstimmrecht«, in

Berlin gingen dafür mehrere tausend Frauen und Männer auf die Straße. Mit Erfolg: Am 12. November 1918 veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten ein Regierungsprogramm, das unter anderem das Wahlrecht großflächig reformieren sollte. Der wichtigste Teil dieser Reform war das Frauenwahlrecht: Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands durften Frauen wählen und sich in ein politisches Amt wählen lassen. Am 19. Januar 1919 traten Frauen in Deutschland das erste Mal an die Wahlurnen.

Der Weg dorthin war steinig: Seit 1848 rangen Frauen intensiv um das »Frauenstimmrecht«, sie gründeten Vereine, hielten Kongresse ab, demonstrierten, schrieben Pamphlete, die das Recht zu wählen als eines propagierten, das nicht ausschließlich Männern vorbehalten sein sollte. In der Weimarer Verfassung von 1919 findet sich schließlich der Satz: »Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.«

Backlash während des Ersten Weltkriegs

Obwohl Frauen während des Ersten Weltkrieges und in den ersten Jahren nach Kriegende stärker als bislang erwerbstätig waren und sogar in bis dahin als Männerberufe geltende Professionen vordrangen, erwiesen sich sowohl die Kriegs- als auch die Nachkriegsjahre als frauenrechtlicher Rückschritt. Während des Krieges arbeiteten Frauen verstärkt in Fabriken, die Kriegsgüter herstellten, sowie an der Front als Krankenschwestern. In der »Heimat« waren sie damit beschäftigt, die durch den Krieg entstandene Not zu lindern. Manche Frauen schufteten in der Wohnungs-, Kranken- und Kinderfürsorge, andere kochten und teilten Essen in den neu errichteten Volksküchen aus. Von einem selbstbestimmten Leben durch die verstärkte Erwerbsarbeit und dadurch entstandene stärkere ökonomische Freiheit, konnte nicht die Rede sein.

Zudem gab es innerhalb der Frauengruppen und -verbände zunehmend Spannungen. Feministinnen und Pazifistinnen wie Clara Zetkin und Bertha von Suttner verweigerten sich dem Krieg und den mit dem Krieg verbundenen Tätigkeiten. Dafür wurden sie von anderen Frauen angefeindet. Die Folge: Die Frauenbewegung spaltete sich.

Zwar konnten Frauen ab 1919 erstmalig wählen und in ein politisches Amt gewählt werden. Mit der Rückkehr der Männer aus dem Krieg mussten Frauen jedoch die Arbeitsplätze, die sie bis dahin eingenommen hatten, in den meisten Fällen wieder verlassen. Historikerin Ute Daniel bezeichnet den vermeintlichen frauenpolitischen Fortschritt in den Kriegsjahren daher als »Emanzipation auf Leihbasis«.

Ohnehin waren die folgenden Jahre geprägt durch Inflation, Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von der insbesondere Frauen betroffen waren. Wenn es Arbeit gab, nahmen diese vor allem Männer an, Frauen wurden »an den Herd« zurückgedrängt.



Platz-für-Frauen

Wichtige Frauen in der Berliner Politik

Frauen prägten in allen Zeiten die Berliner Geschichte. Manche Frauen würdigt Berlin, indem die Stadt Straßen, Plätze und Gebäude nach ihnen benennt. So gibt es im Bezirk Schöneberg eine Hedwig-Dohm-Straße, in Mitte den Rosa-Luxemburg-Platz und im Bezirk Wedding den Louise-Schröder-Platz. Ein Parlamentsgebäude im »Regierungsviertel« heißt Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, eine Straße im Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist nach Hanna-Renate Laurien benannt, von 1991 bis 1995 Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses. In fast allen Berliner Bezirken gibt es Beschlüsse, nach denen zukünftig Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sind.

Die Liste der Frauen, die sowohl für die politischen Belange als auch für die Kunst, Kultur und Wissenschaft der Stadt von Bedeutung sind, ist lang. An dieser Stelle kann nur auf einige der wichtigsten Frauen der Berliner Zeitgeschichte eingegangen werden, es ist eine Porträtsammlung, die auf Vollständigkeit verzichten muss.

Eine der ersten Frauen, die sich vehement für Frauenrechte einsetzte, war **Hedwig Dohm**. Die Schriftstellerin (1831 bis 1919) war eine der ersten feministischen Theoretikerinnen. Sie bestand darauf, dass Frauen und Männer von Natur grundsätzlich gleichwertig sind und vermeintlich »typisch weibliche Verhaltens-

weisen« durch die Gesellschaft und die vorherrschende Alltagskultur geprägt werden.

Als eine der ersten Frauen in Deutschland forderte sie bereits 1873 das damals sogenannte »Frauenstimmrecht« sowie die völlige rechtliche, soziale und ökonomische Gleichstellung von Frauen. Sie schrieb zahlreiche feministische Bücher, Prosatexte und Essays, darunter die Schriften »Die wissenschaftliche Emancipation der Frauen« und »Der Frauen Natur und Recht«, die sie berühmt machten.

Ohne **Clara Zetkin** (1857 bis 1933) ist die deutsche Frauengeschichte undenkbar. Auf die Politikerin (zunächst SPD, später KPD) und Friedensaktivistin geht der Frauentag am 8. März zurück, ein Tag im Jahr, an dem Frauen besonders geehrt und gefeiert werden. Seit 2019 ist der Internationale Frauentag in Berlin ein gesetzlicher Feiertag.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale, einem Zusammenschluss sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, hielt sie 1889 eine berühmte Rede, in der sie unter anderem das Frauenwahlrecht, eine freie Berufswahl und die damit verbundene finanzielle Unabhängigkeit für Frauen sowie bessere Arbeitsschutzgesetze forderte. Immer wieder zitiert werden Sätze wie: »Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat.«

Zu Zetkins Freundinnen und Vertrauten gehörte auch die Sozialistin und Marxistin **Rosa Luxemburg** (1871 bis 1919). Luxemburg setzte sich vor allem für Arbeiterinnen und Arbeiter ein, sie kämpfte gegen Krieg und Militarismus und gilt bis heute als eine der wichtigsten Revolutionärinnen des 20. Jahrhunderts.

Gemeinsam mit dem Antimilitaristen und Sozialdemokraten Karl Liebknecht gründete sie 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Am 15. Januar 1919 wurden Luxemburg und Liebknecht wegen ihres politischen Engagements von Freikorpsoldaten in Berlin hinterücks erschossen und in den Landwehrkanal geworfen. Die beiden Führer der kommunistischen Bewegung in Deutschland sind in der Gedenkstätte der Sozialisten im Bezirk Friedrichsfelde beigesetzt.

Louise Schroeder (1887 bis 1957) war SPD-Politikerin und eine von 37 Parlamentarierinnen in der Weimarer Nationalversammlung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie Berlins erste Oberbürgermeisterin. Von 1947 bis 1948 leitete sie kommissarisch die Geschicke der Stadt. 1949, nach der Teilung der Stadt und Deutschlands in DDR und BRD, zog Schroeder als einzige Frau an der Seite von sieben Männern als Berliner Abgeordnete in den neu konstituierten Bundestag nach Bonn. Nach ihrem Tod ernannte Westberlin 1957 Schroeder als erste Frau zur Ehrenbürgerin der Stadt. Unter den bis heute mehr als 120 Geehrten sind nur sieben Frauen, neben Schroeder noch Inge Deutschkron, Marlene Dietrich, Margot Friedländer, Marie-Elisabeth Lüders, Nelly Sachs und Anna Seghers.

Auch **Marie-Elisabeth Lüders** (1878 bis 1966) war eine der ersten Frauen in der Weimarer Nationalversammlung 1919, später war sie Abgeordnete im Reichstag. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie Abgeordnete des Deutschen Bundestags, in dieser Zeit kämpfte sie insbesondere für die Einführung von Kindergeld.

Ihr politischer Fokus richtete sich vor allem auf die Sozial-, Gesundheits- und Wohnungspolitik. Sie sorgte mit dafür, dass Frauen in Deutschland Richterinnen, Anwältinnen und Staatsanwältinnen werden konnten. Die Ökonomin promovierte 1912 als erste Frau in

Deutschland zum Dr. rer. pol. und gründete den »Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau«.

Sie war die erste Frau, die dem Normenausschuss beim Verein Deutscher Ingenieure, eine ausgeprägte Männerdomäne, angehörte. 1926 gründete sie den Deutschen Akademikerinnenbund und wurde dessen Vorsitzende. Der Verband musste sich 1933 auflösen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs belebte sie den Akademikerinnenbund wieder.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die alleinerziehende Mutter zunächst für die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die später in der FDP aufging, Stadtverordnete in Berlin, von 1949 bis 1951 war sie Stadträtin für Sozialwesen im Westteil der Stadt. Bis 1955 war sie das erste weibliche Mitglied im Hauptdeputationsausschuss des Deutschen Juristentages. Als Bundestagsabgeordnete von 1953 bis 1961 setzte sie sich vor allem für eine rechtliche Gleichstellung von Frauen in Ehen mit nicht-deutschen Männern ein.

Die erste Berliner Schulsenatorin hieß **Hanna-Renate Laurien** (1928 bis 2010), sie übte das Amt von 1981 bis 1989 aus. Bildung für alle, unabhängig von der sozialen Herkunft und des Geschlechts, hatte bei der CDU-Politikerin oberste Priorität. Nach dem Zweiten Weltkrieg

gründete die Germanistin, Anglistin und Politologin 1948 die Freie Universität zu Berlin mit.

Ende der 1960er Jahre sorgte sie dafür, dass eine schwangere Schülerin entgegen den damaligen gesetzlichen Regelungen zum Abitur zugelassen wurde, und eine unverheiratete, schwangere Lehrerin weder eine Disziplinarstrafe erhielt noch versetzt wurde.

Als sich nach der deutschen Wiedervereinigung das Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1990 neu konstituierte, wurde Laurien im Januar 1991 zur Präsidentin des Berliner Parlaments gewählt. Damit war sie die erste Frau in dieser Rolle in der Berliner Landespolitik.

»Erfindung der modernen Frau« in der Weimarer Republik

Durch das ab 1919 gültige Frauenwahlrecht änderten sich in der Weimarer Republik die Frauenrollen, Frauen hatten politisch endlich etwas zu sagen. Die Parlamentarierinnen setzten eine Vielzahl sogenannter »Frauengesetze« durch: So konnten Frauen fortan als Rechtsanwältinnen und Richterinnen arbeiten, es wurden Mindestlöhne und eine Sozialversicherung für Frauen, die zu Hause arbeiteten, sowie der Mutterschutz eingeführt. Prostitution galt nicht mehr als Strafdelikt und bei Geschlechtskrankheiten wurden sowohl die Frau als auch der Mann ärztlich untersucht.

Die rechtlichen und politischen Umwälzungen veränderten auch das Bild der Frau im Alltag sowie im berüchtigten Berliner Nachtleben der 1920er Jahre. Rauchende Frauen mit Bubi-Schnitt brachen mit bis dato gängigen Vorstellungen von Weiblichkeit, und Berlin galt als El Dorado nicht nur für Schwule sondern auch für Lesben. Zahlreiche Tanzlokale sprachen Freundinnen des Nachtlebens an, in manchen Etablissements gab es sogar als Männer verkleidete Frauen, die dem überwiegend weiblichen Publikum ihre Tanzdienste anboten.

Ungeachtet dieser Fortschritte blieb die vollständige rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern eine Utopie. Artikel 109 der Weimarer Verfassung

schrieb Frauen lediglich »grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten« wie den Männern zu. Zudem blieb der »Beamtinnen-Zölibat« bestehen, der weibliche Beamte dazu zwang, den Dienst zu verlassen, sobald sie heirateten oder ein uneheliches Kind bekamen. Dieses Diktum war eine Reaktion auf die sinkende Geburtenrate und ein gesellschaftlicher Vorbote der Familienpolitik der Nationalsozialisten.

Ab 1920 lösten sich zahlreiche Frauenvereine auf, ihre Aufgaben übernahmen vielfach Frauenwohltätigkeitsvereine und Frauenbildungsvereine in den Kommunen, auch Frauenberufsverbände verzeichneten Mitgliederzuwächse.



Die Frau als Arbeitskraft im Zweiten Weltkrieg

Wie wohl in allen Kriegen leisteten Frauen auch im Zweiten Weltkrieg freiwillig und unfreiwillig Kriegsdienst, darunter direkt im Sanitätsdienst und als Militärangehörige. Allein dem Deutschen Roten Kreuz dienten 400.000 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen. Indirekt leisteten Frauen Kriegsdienst, indem sie die Arbeitsplätze der eingezogenen Männer in der Kriegsgeräteproduktion einnahmen. Etwa 500.000 in der Regel junge und unverheiratete Frauen unterstützten als Helferinnen die Wehrmacht, darunter rund 160.000 als Flakhelferinnen.

Doch je länger der Krieg dauerte, umso seltener waren Frauen bereit, die Kampfhandlungen zu unterstützen. Frauen leisteten Widerstand gegen das Naziregime. Historisch ist der weibliche Widerstand wenig beleuchtet und fokussiert sich vor allem auf Widerstandsgruppen wie die »Weiße Rose« um die Geschwister Sophie und Hans Scholl.

Die Nationalsozialisten sorgten dafür, dass Frauen wieder traditionelle Rollenbilder zugewiesen und sie aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt wurden, progressive Frauenvereine wurden aufgelöst. Frauen, die Hitler von Anfang an kritisierten, bekamen Berufsverbot, wurden gezwungen, das Land zu verlassen oder in Konzentrationslager verschleppt.

Frauenbewegung in Ost und West

Nach Gründung der beiden deutschen Staaten entwickelte sich die Frauenbewegung in der DDR und der BRD unterschiedlich. Während Frauen in der DDR mehrheitlich berufstätig waren, orientierten sich Frauen in der BRD zumindest bis in die 1970er Jahre eher am sogenannten Hausfrauenmodell: Der Mann verdiente den Familienunterhalt, die Frau kümmerte sich um Kinder und Haushalt.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen in der DDR war mehr oder weniger staatlich verordnet. Ziel von Partei und Regierung war weniger die weibliche Emanzipation, vielmehr sollten Frauen dem Arbeitsmarkt vollständig zur Verfügung stehen. Dafür wurden unter anderem ausreichend Kindergarten- und Krippenplätze sowie eine Hortbetreuung in Schulen geschaffen, die »Frauenqualifikation« stand hoch im Kurs. Allein 1969 besuchte jede fünfte Frau in Ostberlin nach der Arbeit einen Fortbildungskurs. Die Pille zur Verhütung von Schwangerschaften, in der DDR »Wunschkindpille« genannt, kam 1965 auf den Markt, ab 1972 sogar kostenlos. Schwangerschaftsabbrüche waren seit 1972 bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legal.

Im Gegensatz zu der Situation von Frauen in der BRD bedeutete für Frauen in der DDR eine Scheidung nicht den sozialen und wirtschaftlichen Ruin. Sie konnten sich in der Regel eine Scheidung



finanziell leisten und waren weniger an religiös-moralische Regeln gebunden. So entwickelte sich die DDR zur Scheidungsweltmeisterin Europas.

Fortschritte lassen indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen in der DDR nicht vollständig gleichberechtigt waren. Die Mehrheit der Führungspositionen in den Betrieben und Kombinat hatten Männer inne, Frauen verdienten häufig weniger als Männer und leisteten den Hauptanteil der Hausarbeit und der Kinderbetreuung.

Komplett anders sah es in der Bundesrepublik aus. Zwar waren in Westberlin 1969 etwa 40 Prozent der Frauen berufstätig, in der BRD waren es nur etwa 27 Prozent. Aber wurden die Frauen Mütter, hatten sie ein Problem: Gesellschaftlich

wurde die Kinderbetreuung durch Frauen erwartet, zudem gab es wenig Kinderbetreuung. So entstand in Westberlin im Zuge der 68er Bewegung die Kinderladen-Bewegung: Studentinnen, Künstlerinnen und Freiberuflerinnen fanden leerstehende Eckkläden und gründeten dort sogenannte Kinderläden, in denen Kinder antiautoritär erzogen wurden. Antiautoritär hieß damals, Kinder nicht zu gängeln und ihnen eine weitgehend freiheitliche, kreative Entwicklung zu ermöglichen.

1969 brachten Westberliner Kinderladen-Aktivistinnen mit einem Streik für bessere Arbeitsbedingungen das Thema erfolgreich in die Öffentlichkeit und forderten unter anderem, dass Kindererziehung nicht mehr Privatsache sein sollte.

Feminismus und Frauenbewegung heute

Worüber diskutieren Frauen heute?

Welche Probleme treiben sie um?

Was wollen Frauen heute, in einer Zeit größerer Freiheiten und ausgeprägter Individualität, vom Leben?

Manche Probleme von früher sind Probleme von heute, darunter der Schwangerschaftsabbruch. Der Paragraf 218, nach dem eine Abtreibung zwar straffrei, aber rechtswidrig ist, existiert trotz jahrzehntelanger feministischer Kämpfe gegen ein Abtreibungsverbot immer noch. Darüber hinaus ist in der jüngeren Vergangenheit eine Debatte um den Paragrafen 219a hinzugekommen, der ein »Werbeverbot« für Schwangerschaftsabbrüche vorschreibt und zu Beginn des Jahres 2019 reformiert wurde. Jetzt dürfen Arztpraxen und Krankenhäuser bekannt machen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Sie dürfen jedoch nicht darüber informieren, welche Methoden es dafür gibt, welche sie für sinnvoll halten und welche sie anbieten. Für diese Informationen müssen sie auf Behörden, Beratungsstellen und Ärztekammern verweisen.

Gewalt gegen Frauen ist auch heute noch ein Thema. Durch das Internet und die sozialen Medien ist die sogenannte Cybergewalt hinzugekommen: Übergriffe im Netz, unerlaubtes Verbreiten von Informationen und Fotos, Stalking.

Dauerbrenner sind die noch immer ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Rollenbilder. Noch immer werden Frauen – im ganz klassischen Sinne – pflegende und sorgende Tätigkeiten zugeschrieben. Mittlerweile gehören aber auch Alleinerziehende zu den alltäglichen Familienformen, ebenso wie Patchworkfamilien und queere Beziehungen. Kategorien wie »Frau« und »Mann« sind mittlerweile weniger trennscharf, hinzugekommen ist das sogenannte Dritte Geschlecht, das mit »divers« auch in offiziellen Dokumenten angekreuzt werden kann. Der aktuelle Feminismus setzt hier auf Vielfalt und Diversität.

Zudem macht sich der moderne Feminismus vermehrt für Antirassismus und die Rechte von People of Colour stark. Nichtweiße Frauen sind – insbesondere in einer Zeit, in der der Rechtspopulismus salonfähig geworden ist – noch stärker als weiße Frauen von Sexismus und Ausgrenzung betroffen.

2 Alltag und Engagement von Frauen



Frauen, die finanzielle Unabhängigkeit wünschen



Frauen zwischen 15 und 65 Jahren, die erwerbstätig sind

Erwerbstätigkeit, Familie, Alleinerziehende

91 Prozent der Frauen ist es enorm wichtig, eigenes Geld zu verdienen und finanziell unabhängig zu sein. Das hat die Langzeitstudie »Frauen auf dem Sprung« des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) 2013 ergeben. Frauen legen also großen Wert darauf, erwerbstätig zu sein. So sind laut des Genderreports 2017 vom September 2018 fast 69 Prozent der Berlinerinnen zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig. Auch Berliner Mütter sind mehrheitlich berufstätig. Bei Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren sind in 61 Prozent der Fälle beide Partner im Beruf, bei Lebensgemeinschaften sind es über 72 Prozent.

Der Kinderwunsch von Frauen ist hoch. 93 Prozent der Frauen wollen laut WZB Nachwuchs. Doch als Mütter sehen sie ihre beruflichen Chancen eingeschränkt. Mehr als die Hälfte der Frauen gaben in der WZB-Umfrage an, dass sie mit Kindern keine Karriere machen könnten.

Frauen und Männer wünschen sich eine gesunde Balance zwischen Beruf und Familie. Die Realität indes sieht anders aus. Hausarbeiten wie Putzen, Waschen, Kochen werden noch immer mehrheitlich von Frauen übernommen. Auch Pflege und Kindererziehung sind nach wie vor Frauensache. So gaben in der Umfrage 58 Prozent der Frauen an, die Wäsche immer allein zu übernehmen, 36 Prozent antworteten mit »meistens«. Beim Putzen ist es noch drastischer: 80 Prozent der Frauen sagen, sie übernehmen das Putzen hauptsächlich. Im Gegensatz zu den Männern, von denen nur 3 Prozent angaben, selbst zu putzen.

Frauen sind zwar überwiegend erwerbstätig, vielfach aber teilzeitbeschäftigt. Laut Genderreport 2017 arbeiten knapp 37 Prozent der Frauen in Teilzeit. Zum Vergleich: Bei den Männern sind es etwas über 18 Prozent. Frauen mit Migrationshintergrund arbeiten mit 40 – 50 Prozent besonders häufig in Teilzeit.

17,4 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten wöchentlich weniger als 21 Stunden. 40,6 Prozent arbeiten 21 bis unter 40 Stunden, 42 Prozent 40 Stunden oder mehr.

In Berlin sind auch Alleinerziehende mehrheitlich berufstätig. Obwohl die Erwerbsquote Alleinerziehender dem Genderreport zufolge mit 71 Prozent (Frauen: 62,8 Prozent) hoch ist, ist diese Familienform stark von Armut betroffen. Gründe dafür sind schlecht bezahlte Arbeit, Teilzeit- oder Minijobs, ausbleibende Unterhaltszahlungen, Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Folge: Sehr viele Alleinerziehende in Berlin sind auf Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen. Rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.



»Selbst Frauen mit Arbeit sind nicht vor Armut geschützt«



**Gisela Notz, geboren 1942,
Historikerin und Arbeitsmarktforscherin**

Frauen sind von Armut stärker betroffen als Männer. Warum?

Das soziale Sicherungssystem in Deutschland ist ein Netz mit großen Maschen. Vor allem Frauen stehen da, wo das Netz ein Loch hat. Die Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik orientiert sich noch immer verstärkt an einem Familienmodell, das für Männer die »Haupternährerrolle« und für Frauen die Rolle der »Zuverdienerin« vorsieht. Dadurch werden Frauen aus dem regulären Arbeitsmarkt in prekäre oder unbezahlte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt.

Selbst Frauen, die eine »kontinuierliche Erwerbsbiografie« haben, sind nicht vor Armut und Altersarmut geschützt. Das Ehegattensplitting, die durch Hartz IV eingeführten Bedarfsgemeinschaften und die immer noch vor allem von Frauen ausgeführten Care-Arbeiten manifestieren ihre Abhängigkeit.

Sie schlagen eine »eigenständige Existenzsicherung für Frauen« vor. Wie meinen Sie das?

»Das Recht der Frauen auf Erwerb«, wie es die Frauenrechtlerin Louise Otto bereits 1866 gefordert hat, war nie so selbstverständlich, wie das für Männer der Fall war. Es ging Otto nicht um irgendeine Arbeit für Frauen, sondern um eine Arbeit, die Frauen eine Selbstständigkeit ermöglicht.

Keine Frau sollte gezwungen sein, sich von anderen ernähren zu lassen. Schon Louise Otto wandte sich gegen einen »Familienlohn«, denn das hieße, »die eine Hälfte der Menschen für Unmündige und Kinder zu erklären und von den anderen ganz und gar abhängig zu machen«. Das heutige Modell mit »Haupternährer« und »Zuverdienerin« erlaubt für Frauen keine »eigenständige Existenzsicherung« durch gesellschaftlich nützliche Arbeit.

Wie können Frauen sich selber helfen?

Frauen in der Bundesrepublik wurde bis in die 1970er Jahre hinein geraten: »Du brauchst keine Berufsausbildung, du heiratest ja doch.« Das müssen sich Frauen heute nicht mehr anhören. Der beste Schutz gegen Armut und Abhängigkeit

sind eine gute Berufsausbildung und eine Erwerbsarbeit, die zudem Spaß macht.

Da das noch immer nicht für alle Frauen möglich zu sein scheint, ist politischer Widerstand notwendig. Frauen sollten gemeinsam mit Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern kämpfen: gegen Privatisierung öffentlicher Güter, gegen Mieterhöhungen und Zwangsraumungen, für mehr Kindereinrichtungen und für existenzsichernde Erwerbsarbeit.

Wo finden Frauen Hilfe?

Weder das Verteilen der Armensuppe noch die Einrichtung von »Tafeln« mit aussortierten Lebensmitteln werden künftig reichen, um die Altersarmut von Frauen zu lindern. Statt caritative Hilfen anzubieten, sollte Sozialpolitik Armut grundsätzlich verhindern. Klingt nach Sozialromantik? Nein. Wenn beispielsweise die Arbeitszeit im Bereich der Voll-erwerbsarbeit radikal verkürzt würde, dann würde existenzsichernde und sinnvolle Arbeit auf mehr Menschen verteilt. Das gilt für bezahlt wie für unbezahlt geleistete Arbeit.

»Wir brauchen eine Kindergrundsicherung«



Claudia Chmel, geboren 1970, Geschäftsführerin des Berliner Landesverbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

Plötzlich alleinerziehend – ist das eine Katastrophe?

Alleinerziehend zu sein ist vor allem eine Familienform. Die wenigsten Eltern planen das von Anfang an. Wenn es zu einer Trennung kommt, kann der Verband alleinerziehender Mütter und Väter mit seinen Beratungen, Gruppenangeboten, Veranstaltungen und Broschüren eine Unterstützung bieten. Zudem sind wir eine politische Interessenvertretung und setzen uns seit bald 50 Jahren gemeinsam mit dem VAMV-Bundesverband dafür ein, Lebens-, Arbeits- und rechtliche Bedingungen für Einelternfamilien zu verbessern.

Wie hilft das sogenannte Starke-Familien-Gesetz Einelternfamilien?

Für die Versorgung der Kinder brauchen Familien – neben Zeit – vor allem eines: Geld. Alleinerziehende haben nur ein Haupteinkommen, wovon mehrere Familienangehörige versorgt werden müssen. Berufstätige Alleinerziehende, die wenig verdienen, können zusätzliche finanzielle Leistungen beantragen, zum Beispiel den Kinderzuschlag.



Mit dem »Starke-Familien-Gesetz« wird ein sogenanntes Kindeseinkommen wie Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss nicht mehr wie bislang vollständig auf den Kinderzuschlag angerechnet, sondern nur noch zu 45 Prozent. Um es an einem Beispiel zu erklären: Eine allein erziehende Geringverdienerin mit einem 13-jährigen Kind, das Unterhaltsvorschuss erhält, bekommt jetzt monatlich bis zu 62,60 Euro Kinderzuschlag.

Das ist bürokratisch aufwendig und ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, denn Alleinerziehende und ihre Kinder haben das höchste Armutsrisiko aller Familien. Der VAMV fordert daher eine Kindergrundsicherung, die alle Leistungen bündelt. Im Gespräch ist eine Kindergrundsicherung von 620 Euro, sie würde jedes Kind unabhängig von der Familienform und vom Einkommen der Eltern fördern.

Der Bundestag diskutiert über das Wechselmodell als Regelfall. Was halten Sie von der Idee, dass ein Gesetz getrennten Eltern vorschreiben will, sich die Kinderbetreuung hälftig zu teilen?

Bislang entscheiden Eltern selbst, welche Umgangsregelung am besten zu ihrem Kind, ihrem Leben, ihrer Berufstätigkeit und ihrer Wohnsituation passt. Nur wenn sich Eltern nicht einigen können, entscheidet das Familiengericht, wenn die Eltern einen Antrag stellen. Laut einer Studie leben rund 59 Prozent der Kinder bei der Mutter und hatten keinen oder seltenen Kontakt zum Vater. 25 Prozent hatten mindestens einmal pro Woche Kontakt zum Vater. Nur 4 Prozent der Kinder lebten in einem Wechselmodell.

Mit dem Wechselmodell als Regelfall wird in der Politik also darüber diskutiert, ein Umgangsmodell gesetzlich festzulegen, das nicht mehrheitlich gelebt wird. Es ist gut, wenn Kinder mit beiden Eltern aufwachsen können (ohne Gewalt oder Missbrauch). Wie die passende Umgangsregelung für die einzelne Familie aussieht, sollten weiterhin Eltern mit Blick auf ihre Kinder festlegen, das sollte kein Gesetz tun.

Gesetze für mehr Gleichstellung

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), auch Antidiskriminierungsgesetz genannt, soll Menschen vor rassistischen, ethnischen und religiösen Benachteiligungen schützen. Ebenso soll es verhindern, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung diskriminiert werden.

Das AGG trat 2006 in Kraft. Seitdem können Menschen in Deutschland, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts oder eines Handicaps diskriminiert werden, gegen Benachteiligungsklagen. Das Gesetz soll für Fairness sorgen und darauf hinwirken, dass diskriminierendes Verhalten grundsätzlich beseitigt wird. Dabei geht es vor allem darum, benachteiligende Handlungen und ihre Folgen, zum Beispiel auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt, zu unterbinden.

Fast jeder dritte Mensch in Deutschland erlebte in den vergangenen zwei Jahren Benachteiligung aufgrund seines Geschlechts, seiner Religion, seines Aussehens oder seiner sexuellen Orientierung, ergab eine Umfrage der Antidiskriminierungsstelle 2015. Mehr als 15.000 Menschen wandten sich seit Inkrafttreten des Gesetzes an die Antidiskriminierungsstelle.

Berliner Landesgleichstellungsgesetz

Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG), das in Berlin 1991 in Kraft trat, verpflichtet die Einrichtungen des Landes Berlin zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu gehört auch eine aktive Frauenförderung, darunter Frauenförderpläne, Frauenvertreterinnen und Verpflichtungen, bei Einstellungen Frauen mit gleichwertiger Qualifikation einem männlichen Bewerber vorzuziehen, wenn Frauen unterrepräsentiert sind. Bauen Institutionen Stellen ab, müssen sie darauf achten, dass der Frauenanteil erhalten bleibt.

Seit das LGG in Berlin gilt, ist der Frauenanteil im Berliner Landesdienst kontinuierlich gestiegen, auch in Führungspositionen. In Spitzenpositionen sind Frauen allerdings immer noch die Ausnahme.

2010 wurde das LGG novelliert, seitdem schreibt es eine paritätische Besetzung für Vorstände und Geschäftsleitungen für landeseigener Unternehmen vor. Mit Erfolg: Innerhalb von sechs Jahren ist der Frauenanteil in Topjobs von 6,7 auf 41 Prozent gestiegen. Eine Parität für Spitzenpositionen in der Privatwirtschaft lehnen die Unternehmen ab. Dies hat zur Folge, dass dort Frauen in der Führungsebene noch immer unterrepräsentiert sind.

Die zwölf Berliner Bezirke haben mit dem LGG, § 21, den klaren Auftrag der Gleichstellung und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen bei der Erfüllung sämtlicher Aufgaben (Gender Mainstreaming). Die Bezirksämter bestellen dazu Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte.

Berliner Hochschulgesetz

Das Berliner Hochschulgesetz (HSG) gilt für sämtliche Universitäten und Hochschulen des Landes Berlin, darunter die Freie Universität, die Humboldt-Universität und die Technische Universität, aber auch für die künstlerischen Hochschulen wie die Universität der Künste, die Kunsthochschule Weißensee und die Musikhochschule »Hanns Eisler«.

Das HSG regelt, wie die Universitäten und Hochschulen als Institutionen organisiert sind und soll auch für gesellschaftliche Gleichstellung sorgen. Darunter fallen beispielsweise diskriminierungsfreies Studieren und Forschen, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Diversity, internationale Zusammenarbeit. Zudem gewährleistet es die Freiheit der Wissenschaft und enthält Vorschriften für barrierefreie Zugänge zum Studium sowie zu Prüfungen.

Einkommen

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen verdienen dem Genderreport 2017 zufolge durchschnittlich etwa 2.800 Euro brutto

monatlich. Der monatliche Durchschnittsverdienst der Männer hingegen beträgt rund 3.500 Euro brutto.

Der durchschnittliche Gender Pay Gap, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, liegt in Berlin bei etwa 13 Prozent. In den höheren Einkommenskategorien ist der Verdienstabstand in Berlin größer als in den unteren. Während er in der höchsten Einkommensgruppe mehr als 17 Prozent beträgt, liegt er in den untersten Einkommensgruppen bei nur rund 2 Prozent. Hinzu kommt, dass mehr Männer als Frauen in den hohen Einkommensgruppen zu finden sind und mehr Frauen als Männer in den unteren Einkommensgruppen.

Zu den hohen Einkommensgruppen zählen vor allem Berufe in der Informations- und Kommunikationsbranche, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der Energieversorgung. Der Bruttolohn dort beträgt mehr als 49.000 Euro jährlich. Im Gesundheitswesen, in sozialen und Erziehungsberufen sowie im Dienstleistungssektor sind die Verdienste wesentlich geringer: Sie liegen zwischen 33.000 und 44.000 Euro jährlich. Frauen sind sehr häufig in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Erziehung und Unterricht beschäftigt.

»Über Geld sprechen«



Henrike von Platen,
Unternehmensberaterin und Gründerin
des Fair Pay Innovation Lab, einer
gemeinnützigen GmbH für faire Löhne

In Berlin verdienen Frauen durchschnittlich 13 Prozent weniger als Männer.

Wie kann das sein?

Frauen gehen seltener in Führungspositionen, wählen schlechter bezahlte Berufe, arbeiten oft in Teilzeit, erziehen Kinder und pflegen Angehörige. Sie verhandeln anders und gelten nicht als durchsetzungsstark, sondern als zickig, wenn sie Forderungen stellen. Ein Teufelskreis: Wer weniger verdient, bleibt zuhause, wer zuhause bleibt, verdient weniger.

Können Löhne für gleichwertige Arbeit gesetzlich angeglichen werden?

Nein! Aber Gesetze können einen klaren Kurs vorgeben. Es braucht vor allem Transparenz, weltweit werden neue Entgelttransparenzgesetze verabschiedet. Gerechte Bezahlung geht aber auch ohne ein Gesetz: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.



Viele Firmen sagen, Gehälter seien individuell und nicht vergleichbar, gesetzliche Regulierungen sind daher wirtschaftsfeindlich. Stimmt das?

Das Gegenteil ist richtig: Wo es objektive Leistungskriterien gibt, wird niemand diskriminiert. Wer hinter geschlossenen Türen verhandelt und nach »Nasenfaktor« bezahlt, begünstigt in der Regel Männer. Faire Bezahlung heißt, dass alle nach den gleichen Regeln spielen und alle diese Regeln kennen.

Was können Frauen selbst für eine gerechte Bezahlung tun?

Sich nicht einreden lassen, selbst schuld zu sein, wenn sie weniger verdienen. Keine Frau wird das Problem im Alleingang lösen, indem sie lernt, besser zu verhandeln. Unabhängig davon sollten sich Frauen bewusst machen, wie wichtig finanzielle Unabhängigkeit ist, und entsprechende Prioritäten setzen. Und last but not least: Über Geld sprechen. Nur durch Lohntransparenz kommen wir zur Lohngerechtigkeit.

Frauen in Führungspositionen

2016 wurde für etwas mehr als 100 Unternehmen in Deutschland die sogenannte Geschlechterquote von 30 Prozent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten eingeführt. Diese verpflichtet börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen mit mehr als 2000 Mitarbeitern dazu, in den Aufsichtsräten mindestens 30 Prozent Frauen zu haben. Seitdem ist der Frauenanteil in Aufsichtsräten laut dem Managerinnenbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit Sitz in Berlin bundesweit auf durchschnittlich 30 Prozent gestiegen. Dem Managerinnenbarometer zufolge hat dies jedoch keine Signalwirkung für die Besetzung von Vorstandsfunktionen mit Frauen.

»Unternehmen schaden sich selbst, wenn sie weibliche Kompetenzen nicht nutzen«



Monika Schulz-Strelow,
1949 geboren, Präsidentin des Vereins
Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR)

**In Berlin ist jeder dritte Chefposten
mit einer Frau besetzt. Wäre nicht jeder
zweite gerecht?**

Man muss differenzieren. Jeder dritte weibliche Chefposten in öffentlichen Unternehmen wäre zu wenig, dort müsste es jeder zweite sein. Öffentliche Unternehmen haben eine Vorbildfunktion einzunehmen und schon aufgrund des Artikels 3 des Grundgesetzes einen Auftrag, auf die paritätische Besetzung in der Führungsebene hinzuwirken.



Hilft eine Frauenquote gegen diesen Misstand?

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Quote wirkt. Heute beträgt der Frauenanteil bei den Aufsichtsräten in deutschen Unternehmen fast 30 Prozent. Das ist gut, wichtiger ist aber, mit Hilfe der Quote einen Kulturwandel zu bewirken. Hier läuft es noch nicht so, wie es sollte. Die Zahlenvorgaben auf der Aufsichtsratsebene werden erfüllt, doch die Besetzungen auf der Managementebene hinken deutlich hinterher. So gilt für die Vorstände noch keine Quote, hier gelten nur individuelle Zielvorgaben für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Für manche Unternehmen ist das ein Signal, so männlich besetzt wie bisher weiter machen zu können. Einige dieser Unternehmen haben sich auch bis zum Jahr 2022 die Zielgröße 0 gesetzt.

Manche Unternehmen halten eine gesetzliche Quote für verfassungswidrig und wirtschaftsfeindlich. Stimmt das?

Die Quote ist weder verfassungswidrig noch wirtschaftsfeindlich. Sie ist verfassungsrechtlich geprüft, sonst würde sie nicht gelten. Statt wirtschaftsfeindlich ist sie wirtschaftsfördernd. Frauen sind heute extrem gut ausgebildet und hoch motiviert. Unternehmen, die zunächst in Frauen und ihre Ausbildung investieren, schaden sich selbst, wenn sie die weiblichen Kompetenzen am Ende nicht nutzen.



Ehrenamt

Frauen bringen sich sowohl in der Politik und in Verbänden als auch in anderen Bereichen häufig ehrenamtlich ein. Dazu gibt es in Berlin vielfältige Möglichkeiten. Interessierte können sich beispielsweise bei der »Landesfreiwilligenagentur Berlin« informieren. Die Agentur vermittelt über ihre Homepage [▶ landesfreiwilligenagentur.berlin](https://landesfreiwilligenagentur.berlin) berlinweit Hilfesuchende und Hilfegebende. Die »Lebenshilfe« sucht immerfort Engagierte, die Menschen mit Behinderung unterstützen. Die Hilfe reicht vom Verfassen von Behördenpost über den Umgang mit dem Computer und dem Handy bis hin zu einem Tagesausflug mit Bewohner*innen von Wohnstätten.



Weitere Hinweise und Kontaktadressen finden Sie auf dem Engagementportal des Landes Berlin unter:

▶ berlin.de/buergeraktiv/engagieren

Zwei Beispiele für
Bürger*innenengagement

»Überschüssige Lebensmittel einsammeln«



**Sabine Werth, 1957 geboren,
Vorstandsvorsitzende der Berliner Tafel**

Was ist die Berliner Tafel?

Die Berliner Tafel wendet sich gegen Verschwendung und Armut. Seit 1993 sammelt sie unverkaufte, aber frische Lebensmittel ein und verteilt sie an Bedürftige. Ob Bahnhofsmmission, Drogennotdienst oder Jugendtreff – die Berliner Tafel unterstützt rund 300 soziale Einrichtungen mit Lebensmitteln. Mithilfe dieser Spenden können die Einrichtungen ihren Gästen Mahlzeiten anbieten.

Jeden Tag sind die Helfer*innen der Berliner Tafel in der Hauptstadt unterwegs, um überschüssige Lebensmittel einzusammeln, zu sortieren und zu verteilen. Zudem erhalten in 45 Berliner »Laib und Seele«-Ausgabestellen jeden Monat rund 50.000 bedürftige Menschen Lebensmittel für zu Hause. »Laib und Seele« ist eine Aktion der Berliner Tafel, Kirchen und des Rundfunks Berlin-Brandenburg. Selbst Kinder machen mit, bei »Kimba«, dem Junior-Bereich der Berliner Tafel. Hier kochen Kinder gemeinsam, erlernen den Umgang mit Lebensmitteln und erfahren den Wert gesunden Essens.

Wie können Menschen mitmachen?

Es gibt viele Möglichkeiten, die Berliner Tafel ehrenamtlich zu unterstützen, regelmäßig oder einmal im Jahr, im Büro oder auf Tour. Andere helfen mit Geld- oder Sachspenden oder mit einer Mitgliedschaft von mindestens 2,75 Euro im Monat.

Die Berliner Tafel arbeitet seit ihrer Gründung mildtätig und überparteilich. Sie finanziert sich ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Damit sie weiterhin unabhängig bleiben kann, ist sie auf die Unterstützung von Mitgliedern, Ehrenamtlichen, Sponsor*innen, Helfer*innen angewiesen.

Wird der Staat nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen, wenn Bedürftige mit Spenden versorgt werden?

Die Berliner Tafel entlässt den Staat nicht aus der Pflicht, sondern macht durch ihre Arbeit die Politik auf ihre Versäumnisse aufmerksam. Sie unterstützt bedürftige Menschen mit den Lebensmitteln, aber kann, will und wird sie nicht grundlegend versorgen. Rund 750.000 Menschen gelten in der Stadt als arm, die Berliner Tafel unterstützt davon gerade einmal 125.000.

Die Berliner Tafel war die erste ihrer Art. Mittlerweile gibt es 940 weitere Tafeln in Deutschland, fünf in Österreich und elf in der Schweiz.

»Auch Menschen mit wenig Zeit können sich engagieren«



Ines Brüggemann, 1961 geboren, Koordinatorin Unternehmensengagement Stiftung »Gute Tat«

Was macht die Stiftung »Gute Tat«?

»Gute Tat« vermittelt ehrenamtliches Engagement an Privatpersonen und Unternehmen. Über das Internet bringt die Stiftung hilfebedürftige und hilfsbereite Menschen zusammen. Dabei werden die private, individuelle Hilfe von Mensch zu Mensch weitergegeben sowie Unternehmen mit sozialen Projekten in der Stadt zusammengebracht. Wir bieten beispielsweise Firmen »soziale Team-events« an: Bei diesen Einsätzen engagieren sich Mitarbeiter*innen einer Firma gemeinsam in einer sozialen Organisation. Wir suchen für die Firmenteams die passenden sozialen Träger und sozialen Einsatzmöglichkeiten und umgekehrt. Das Angebot reicht von Malerarbeiten in einem Jugendclub über Gartenpflege in einer Kita bis hin zu Ausflügen mit Senior*innen.



Wer kann sich wie engagieren?

Jede und jeder kann helfen, unabhängig vom Alter. Die Zeiten, in denen das Ehrenamt aufs Rentenalter verschoben wurde, sind vorbei. Auch Menschen mit wenig Zeit können sich engagieren, indem sie sich nur für ein paar Stunden einbringen. Man kann auch helfen, indem man seine Talente oder seine Kenntnisse anderen zur Verfügung stellt.

Sie sind am besten im Internet zu erreichen. Warum?

Das ist unkompliziert und unbürokratisch. Man registriert sich online und wird daraufhin zu einem einmaligen Informationsgespräch eingeladen. Danach kann man sich online für seine Wunschprojekte anmelden. Daraufhin erhält die soziale Organisation, der man helfen will, die Kontaktdaten und die Organisation meldet sich bei der oder dem Ehrenamtlichen. Manchmal dauert das nur einen Tag.

Die Projekte reichen von einmaliger Hilfe bis hin zu dauerhaftem Engagement. Die Bandbreite der Projekte ist sehr groß, für jeden ist etwas dabei. Je nach Zeitbudget kann das eine langfristige Patenschaft für minderjährige Flüchtlinge oder auch eine einstündige Mitarbeit bei einer Sportveranstaltung für Behinderte sein.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele gern ihr Hobby einbringen möchten. Deshalb haben wir eine Talentbörse gegründet, bei der man sich mit dem, was man besonders gut kann – vom Zauberkünstler bis zur juristischen Beratung – sozial engagieren kann.

Frauen mit Behinderungen

In Berlin leben dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zufolge rund 350.000 Menschen mit Behinderungen, davon sind mehr als die Hälfte weiblich (54,2 Prozent). Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind von Diskriminierung häufiger und stärker betroffen als andere Frauen und Mädchen. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt erleben sie Benachteiligungen, aber auch Mutterschaft wird ihnen häufig nicht zugetraut.

Besonders stark betroffen sind Frauen und Mädchen mit Behinderungen von sexueller und sexualisierter Gewalt. Wie eine Studie des Bundesfamilienministeriums zeigt, erleben Frauen mit Behinderungen zwei- bis dreimal häufiger sexuelle Gewalt als nicht behinderte Frauen. Bereits in ihrer Kindheit und Jugend sind sie häufiger sexuellem Missbrauch ausgesetzt als nicht behinderte Mädchen. Behinderte Frauen sind gegenüber nicht behinderten Frauen fast doppelt so häufig von körperlicher Gewalt und mehr als doppelt so häufig von psychischer Gewalt betroffen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat das Ziel, dass behinderte Menschen ebenso behandelt werden wie nicht behinderte Menschen. Werden Menschen mit Behinderungen im Beruf, im öffentlichen Personennahverkehr, auf dem Wohnungsmarkt oder in der Öffentlichkeit diskriminiert, können Betroffene dagegen vorgehen. Sie können verlangen, dass die Diskriminierung beendet oder rückgängig gemacht wird. Geschieht dies nicht, können sie unter Umständen Schadensersatz verlangen.



Frauen mit Migrationshintergrund

Das Gesicht Berlins ist nicht nur weiblich, es ist auch migrantisch: Frauen aus Ländern der ganzen Welt leben in Berlin, manche von ihnen sind zugewandert, manche nach Deutschland geflüchtet. Wiederum andere sind hier geboren, während ihre Eltern zugewandert sind. Die Vielfalt der Frauen ist Reichtum und Herausforderung zugleich.

In Berlin leben den Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zufolge rund 631.000 Frauen mit Migrationshintergrund – das ist jede dritte Berlinerin. Die größte Gruppe unter ihnen sind türkische und türkischstämmige Frauen, gefolgt von Polinnen und Syrerinnen. In Berlin leben aber auch viele Frauen aus Bulgarien und Russland, Serbien, Rumänien, Vietnam und den USA.

Sie bereichern Berlin in vielfacher Hinsicht: kulturell, politisch, kulinarisch. Doch diese Vielfalt birgt auch Schwierigkeiten, darunter Armut, Sprachschwierigkeiten, ungeklärte Statussituationen, Flucht- und Gewalterfahrungen. Migrantinnen sind keine homogene Gruppe, sie unterscheiden sich in ihrem familiären Hintergrund, dem religiösen Glauben, in ihren Migrations- und Integrationserfahrungen, in Bildungsniveau und Erwerbssituation.

Um migrantischen Frauen ein so weit wie möglich angstfreies und sozial gesichertes Leben in Berlin zu ermöglichen, gibt es zahlreiche Hilfsorganisationen und Vereine, an die sich Migrantinnen mit Fragen und Problemen wenden können. Nicht wenige Projekte bieten Beratungen in vielen Sprachen an.

Der Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, der beim Berliner Senat angesiedelt ist, trägt dazu bei, Partizipation von Migrant*innen zu fördern und zu stärken. Er ist gesetzlich verankert und erarbeitet Empfehlungen, wie die Berliner Integrationspolitik weiter entwickelt werden kann. Das Partizipations- und Integrationsgesetz geht maßgeblich auf die Initiative der Migrantinnen und Migranten des Landesbeirats zurück. Auch in den Bezirken gibt es Integrations- und Migrationsbeiräte.

»Für viele junge Menschen ist Integration gar nicht mehr das richtige Wort«



Katarina Niewiedzial, 1977 geboren im polnischen Zgorzelec, Integrationsbeauftragte des Berliner Senats

Sie sind die erste Integrationsbeauftragte in Berlin mit Migrationshintergrund.

Wie empfinden Sie das?

Das Amt, das ich seit Mai 2019 bekleide, ist für mich persönlich eine große Chance. Ich war 12, als ich mit meiner Familie aus Polen nach Deutschland eingewandert bin. Ich bin hier zu Schule gegangen, habe studiert. Dabei spielten viele Zufälle eine Rolle. Gleichzeitig habe ich erlebt, dass viele meiner internationalen Freunde weniger Glück hatten. Das Ankommen in einer Gesellschaft darf aber nicht vom Glück abhängen, es muss vom Staat gefördert werden. Als Integrationsbeauftragte möchte ich dabei helfen, dass im Einwanderungsland Deutschland alle Menschen gleiche Lebenschancen haben.

Wie sieht eine gute Integrations- und Migrationspolitik aus?

Integration ist ein wechselseitiger Prozess aus Teilhabe und Partizipation – und zwar für alle Berliner*innen. Unabhängig davon, ob sie hier geboren oder gerade erst angekommen sind. Deshalb spreche ich gerne von gesamtgesellschaftlicher Integration.

Mir geht es darum, Berlin als weltoffene Metropole zu stärken und aktiv gegen Rassismus und Vorurteile anzukämpfen. Dabei müssen wir alle Berliner*innen mitnehmen und mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung schaffen. So muss auch der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber sein, für alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, ihrem kulturellen, religiösen oder ethnischen Hintergrund.

Integration passiert vor Ort, die Bezirke sind wichtige Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen. Deshalb setze ich auf eine enge Zusammenarbeit mit den Bezirken. Wichtig ist dabei, die Peripherie der Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Hier leben sehr viele Menschen in Flüchtlingsunterkünften, die nicht auf eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur zurückgreifen können. Diese Nachbarschaften zu stärken, muss hohe Priorität haben. Davon profitieren alle, die dort leben.

Es kommen viele Menschen aus muslimischen Ländern nach Berlin. Gehört der Islam zu Deutschland?

Berlin ist eine pulsierende Metropole, eine Stadt des Ankommens: Jährlich ziehen rund 30.000 Menschen aus aller Welt hierher. Muslim*innen leben schon seit mehr als einem halben Jahrhundert in Berlin. Natürlich gehören sie zu Berlin. Wie auch alle anderen Bürger*innen eines anderen oder keinen Glaubens.

Übrigens sind nicht alle Menschen aus islamisch geprägten Ländern automatisch Muslime. Bei uns leben Christen aus Syrien, Juden aus dem Iran, Yeziden aus dem Irak und Menschen, die nicht religiös zugeordnet werden wollen. Wir müssen aufhören mit dem Schubladendenken und anerkennen, dass unsere global vernetzte Welt sehr vielfältig ist.

In manchen Berliner Stadtteilen leben hauptsächlich Kinder, die hier geboren sind, aber »nichtdeutsche« Namen tragen. Wie erklären Sie diesen Kindern Migration und Integration?

Genau das ist das Problem: Wir stellen immer noch den Anteil der Kinder mit einem sogenannten Migrationshintergrund heraus, dabei sind es in manchen Stadtteilen mehr als 70 Prozent. Damit tun wir so, als wären sie eine Sondergruppe, die nicht zu uns gehört. Es sind aber unsere Kinder. Es gibt inzwischen einen kritischen Diskurs um den Begriff »Integration«. Für viele junge Menschen ist »Integration« gar nicht mehr das richtige Wort, um zu beschreiben, was wir in der Stadt brauchen: selbstbestimmte Teilhabe an allen Lebensbereichen sowie eine bessere Sichtbarkeit von unterrepräsentierten Gruppen in staatlichen Strukturen. Diesen Diskurs nehme ich als sehr bereichernd wahr.

»Ban Ying bedeutet Haus der Frauen«



Livia Valensise, geboren 1989, Sozialpsychologin und Koordinatorin bei Ban Ying, Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel

Was macht der Verein Ban Ying?

Ban Ying ist eines der ältesten Frauenprojekte gegen Menschenhandel in Berlin. Es unterstützt Migrantinnen, die Erfahrungen mit Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel haben. Wir beraten Migrantinnen, damit sie ihre Anliegen und Rechte durchzusetzen können, bilden Behördenmitarbeiter*innen fort und leisten Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Netzwerkarbeit. Außerdem schulen und sensibilisieren wir Polizeibeamt*innen im Umgang mit Migrant*innen.

Die meisten Frauen und transidente Menschen, die wir beraten, kommen aus Südostasien, unter ihnen viele Zuwanderer*innen und Hausangestellte von Diplomat*innen, die Gewalt erleben. Die Beratung erfolgt unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ist kostenlos, auf Wunsch anonym, bei Bedarf wird übersetzt. Eine Zufluchtswohnung bietet einen anonymen Schutzraum für Betroffene von Menschenhandel und Gewalt.

Woher kommt der Name Ban Ying?

Ban Ying ist Thai und bedeutet Haus der Frauen. Als der Verein 1988 gegründet wurde, unterstützte Ban Ying vorwiegend thailändische Frauen, die zur Prostitution gezwungen wurden. In der Zufluchtswohnung fanden Betroffene Übergangsweise einen Ausweg aus ihren extremen Ausbeutungsverhältnissen. Nach wenigen Jahren wurde das Konzept erweitert, seitdem richtet sich das Hilfsangebot an Migrantinnen aus allen Herkunftsländern. Ban Ying konnte bisher Betroffene aus über 70 Ländern in ihren Muttersprachen beraten.

Was, wenn Ban Ying nicht helfen kann?

Die Arbeit von Ban Ying kennt viele Begrenzungen: Wenn Behörden Entscheidungen treffen, die das Leben der Klientinnen maßgeblich beeinflussen, beispielsweise wenn eine Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert wird. Wir beraten auch Frauen ohne Papiere, die in ihrem Zugang zum Recht extrem limitiert sind. Opferzeug*innen des Menschenhandels aus Drittstaaten bekommen selten aufenthaltsrechtlichen Schutz. Um das zu ändern, arbeitet der Verein mit anderen Vereinen und Netzwerken zusammen und versucht, politisch Einfluss zu nehmen – regional, national und international.

Sexuelle Orientierung

Berlin hat eine lebendige und vielfältige LGBTIQ-Szene, also eine Szene für Menschen, die sich als nicht (ausschließlich) heterosexuell verstehen, sondern lesbisch, schwul (in Englisch: gay), bi-, trans- oder intersexuell sind beziehungsweise sich als queer bezeichnen. Der Begriff queer wird unterschiedlich verwendet, verweist aber immer auf Lebensformen und Praktiken, die sich bewusst quer zu vorherrschenden Sexualitätsvorstellungen und Geschlechtsidentitäten stellen.

Die LGBTIQ-Szene betreibt in Berlin zahlreiche Bars, Kneipen, Klubs und andere Szenespots. Manche der Anlaufpunkte sind exklusiv nur für Frauen, die unter sich sein wollen. Beispielsweise die 1986 gegründete »Begine« in Schöneberg, eines der ältesten Frauenprojekte in Berlin. In diesem Frauentreffpunkt finden regelmäßig Partys, Konzerte und Workshops statt.

Europas größtes Frauenzentrum ist die »Schokofabrik«, eine 1981 von autonomen Frauen besetzte einstige Schokoladenfabrik in Kreuzberg, die im Laufe der Jahrzehnte zu einem Soziokulturzentrum für Frauen umgebaut wurde. Neben Hilfsangeboten in sozialen, familiären, rechtlichen oder psychosozialen Fragen findet sich im Untergeschoss der Schokofabrik ein Hamam. In dem türkischen Bad treffen sich Frauen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund in gemüthlicher Atmosphäre. Außerdem bietet die Schokofabrik verschiedene Selbsthilfegruppen, Sport- und Bildungsmöglichkeiten sowie eine Möbelwerkstatt an.



Häusliche Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist die häufigste Form von Gewalt weltweit. Sie findet meist zu Hause statt und zieht sich durch alle sozialen Schichten. Die Täter sind meist Personen aus dem engeren Umkreis, denen die Betroffenen vertrauen oder vertraut haben.

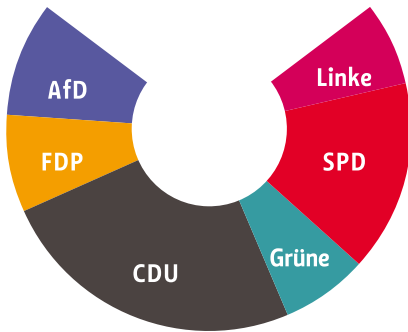
Häusliche Gewalt bezeichnet Verletzungen der körperlichen oder seelischen Integrität eines Menschen, in der Regel sind Frauen und Kinder die Opfer. Die Übergriffe reichen von Drohungen, Demütigungen und Erniedrigungen über Einsperren, Isolation und finanzielle Abhängigkeit bis hin zu körperlicher und/oder sexueller Gewalt sowie Mord und Totschlag. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist weltweit ein Drittel aller Frauen mindestens einmal im Leben häuslicher Gewalt ausgesetzt. In der Europäischen Union ist jede sechste Frau von häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt betroffen.

Häusliche Gewalt entsteht nicht plötzlich, sondern entwickelt sich meist allmählich und endet häufig in einer Gewaltspirale. Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums hat etwa jede vierte Frau in Deutschland im Alter von 16 bis 80 Jahren mindestens einmal in ihrem Leben körperliche, seelische oder sexuelle Gewalt durch einen aktuellen oder früheren Beziehungspartner erfahren. Durchschnittlich jeden dritten Tag tötet in Deutschland ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin. In Berlin werden jährlich etwa 15.000 Fälle häuslicher Gewalt bei der Polizei registriert, die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher. Häufig suchen die Betroffenen Schutz und Hilfe in Frauenhäusern und Beratungsstellen.

Auch Männer können von dieser Form der Gewalt betroffen sein, aber nicht im selben Ausmaß wie Frauen. Laut der Kriminalstatistik sind 80 Prozent der Opfer weiblich und 82 Prozent der Täter*innen männlich.

3 Frauen in den Parlamenten

Sitzverteilung im Bundestag



Frauen im Bundestag

Der Deutsche Bundestag ist das Parlament und somit der Gesetzgeber in Deutschland. Der Bundestag wird als einziges Verfassungsorgan des Bundes direkt vom Volk gewählt. Der aktuelle Bundestag – die Legislaturperiode dauert von Oktober 2017 bis spätestens Oktober 2021 – zählt 709 Abgeordnete. Die Fraktion aus CDU und CSU hat 246 und die SPD 152 Mandate. CDU / CSU und SPD bilden die Regierungskoalition. Die AfD stellt 91 Abgeordnete. Die FDP verfügt über 80 Mandate, Bündnis 90 / Die Grünen über 67 Sitze und die Linkspartei über 69 Sitze. 4 Abgeordnete sind fraktionslos.

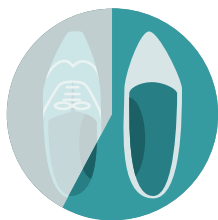
Der Frauenanteil der Fraktionen gestaltet sich recht unterschiedlich, grundsätzlich ist er mit der letzten Legislaturperiode zurückgegangen:

Es gibt Fraktionen mit einem deutlichen Männerüberschuss, das sind CDU/CSU, FDP und AfD. Es gibt aber auch Parteien, die über mehr weibliche als männliche Abgeordnete verfügen, das sind Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei.

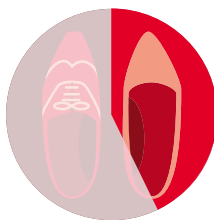
Bündnis 90/Die Grünen sind mit 58 Prozent Frauen die Partei mit dem höchsten Anteil weiblicher Abgeordneter, gefolgt von der Linkspartei mit 54 Prozent. Der Frauenanteil der SPD liegt bei knapp 43 Prozent. In der FDP-Fraktion sind 24 Prozent Frauen. Der Frauenanteil der Union beträgt knapp 21 Prozent. Die AfD mit nicht einmal 11 Prozent Frauen sind die Parteien mit dem geringsten Anteil weiblicher Parlamentarier.

Der Rückgang des Frauenanteils insgesamt im Bundestag ist insbesondere auf die männerdominierten Parteien FDP und AfD zurückzuführen.

Frauenanteil im Bundestag



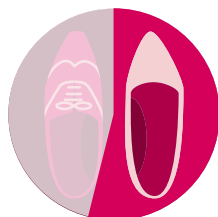
Grüne



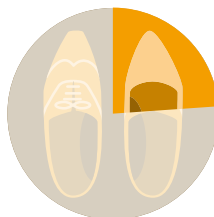
SPD



CDU



Linke



FDP



AfD

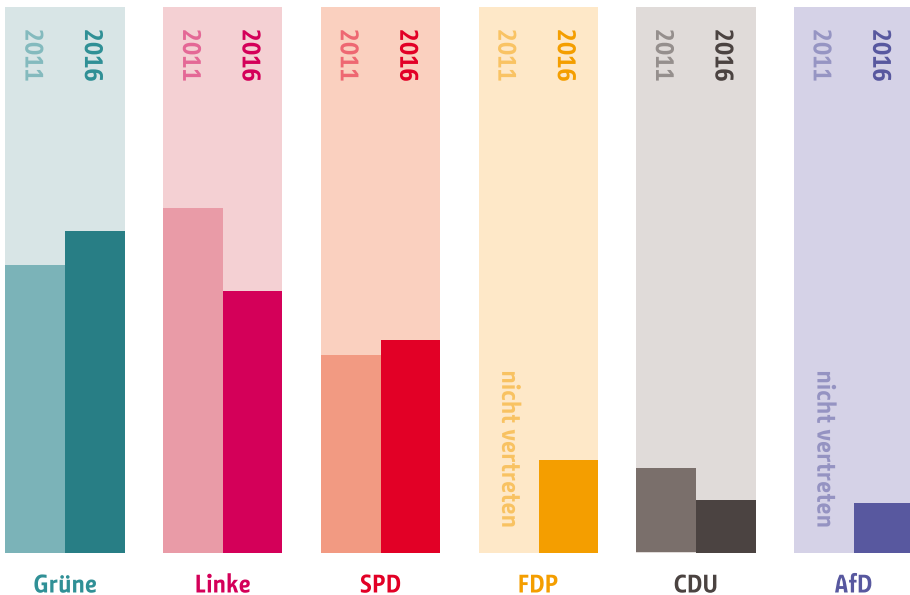
Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus

Mit der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 zogen ins Berliner Parlament 160 Abgeordnete aus 6 Parteien ein: 107 Männer und 53 Frauen. Damit sind Männer doppelt so stark vertreten wie Frauen, der Frauenanteil beträgt 33 Prozent. Damit sank der Frauenanteil im Abgeordnetenhaus ein zweites Mal in Folge. So verzeichnete das Parlament bereits bei der Wahl 2011 einen Rückgang von 40 auf 35 Prozent Frauenanteil.

Wie im Bundestag gestaltet sich die prozentuale Verteilung weiblicher und männlicher Abgeordneter mit großen Unterschieden.

Der Frauenanteil bei Bündnis 90/Die Grünen liegt bei 59 Prozent. Der Frauenanteil der Linkspartei beträgt 48 Prozent, bei der SPD sind es 39 Prozent. Die FDP kommt auf 17 Prozent. Die CDU hat einen Frauenanteil von 9,7 Prozent, und die AfD von rund 9 Prozent.

Ähnlich wie im Bundestag ist der Rückgang des Frauenanteils den männerdominierten Parteien FDP, die den Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus schaffte, sowie der erstmalig im Berliner Parlament vertretenen AfD zuzuschreiben.



Frauen in den Bezirksverordneten- versammlungen

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus fanden in Berlin die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt, die Volksvertretungen in den zwölf Berliner Bezirken. Unter den 660 im Jahr 2016 gewählten Mitgliedern waren 260 Frauen, das entspricht einem Frauenanteil von 39 Prozent. Auch hier sank die Quote im Vergleich zur vorigen Legislaturperiode, 2011 waren es noch 42 Prozent weibliche Bezirksverordnete.

Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei haben mit 52 Prozent sowie knapp 51 Prozent einen höheren Frauen- als Männeranteil. Die SPD verzeichnet einen Anteil weiblicher Verordneter von 48 Prozent, die CDU mit 32 Prozent weniger als ein Drittel. Bei der FDP gibt es nur 21 Prozent Frauen, die AfD kommt auf einen Frauenanteil von 16 Prozent.

Dafür ist die Zahl der Berliner Bezirksbürgermeisterinnen gestiegen: Vier der zwölf Bezirke werden von einer Frau regiert (Stand Juli 2019). Zu Beginn der letzten Legislaturperiode gab es nur eine Bezirksbürgermeisterin. Der Anteil der Bezirksstadträtinnen ist mit 31 Prozent (Zahl von 2016) hingegen gering.

Paritätswahlgesetz

Wichtigstes Ziel staatlicher Gleichstellungspolitik muss es sein, strukturell bedingte Benachteiligungen abzubauen, so dass für Menschen jeglichen Geschlechts politische Teilhabe gleichberechtigt möglich ist.

Um das Ungleichgewicht in den Parlamenten zu beheben, gibt es verschiedene Möglichkeiten: unter anderem dezidierte Werbung um Frauen für Wahlkandidaturen, Gleichstellungsprogramme, innerparteiliche Nachwuchsförderung. Doch jahrzehntelange Erfahrungen zeigen, dass allein das Prinzip der Freiwilligkeit weder Chancengleichheit noch ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in den Parlamenten bewirkt.

Daher werden derzeit sogenannte Paritätsregelungen diskutiert, die für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in Parteien, politischen Gremien und Ämtern sorgen sollen.

»Mit Reißverschluss oder Tandem«



Dr. Helga Lukoschat, 1957 geboren, Politologin und Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF)

Was ist ein Paritätswahlgesetz?

Ein Paritätswahlgesetz soll sicherstellen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in den Parlamenten vertreten sind. Bisher waren Frauen noch in jedem deutschen Parlament in der Minderheit, obwohl im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verankert ist. Zuletzt ging der Frauenanteil in den Parlamenten sogar zurück. Mit knapp 31 Prozent ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag seit 2017 auf dem Stand von vor 20 Jahren. Vergleichbares gilt für viele Länderparlamente. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus sank der Frauenanteil auf 33 Prozent.

Änderungen der Wahlgesetze auf Bundes- und Länderebene, so wie das ein Paritätswahlgesetz anordnet, könnten dafür sorgen, dass Frauen und Männer künftig paritätisch bei der Gesetzgebung mitbestimmen.

Letztlich zielt ein Paritätsgesetz auch darauf ab, Parteien zu mehr Offenheit und Vielfalt zu bewegen und ihre Praktiken bei der Gewinnung und Förderung von Nachwuchskräften zu verändern. Die nach wie vor traditionellen, männlich dominierten Parteikulturen sind maßgeblich für die hartnäckige Unterrepräsentanz von Frauen und anderen Gruppen in der Bevölkerung verantwortlich. So haben Frauen vielfach keine Zeit, keine Lust und keine Ressourcen für aufwändige politische Netzwerkarbeit, zu später Stunde und »im Hinterzimmer«. Wenn parteipolitisches Engagement attraktiver würde, käme das der Demokratie insgesamt zugute.

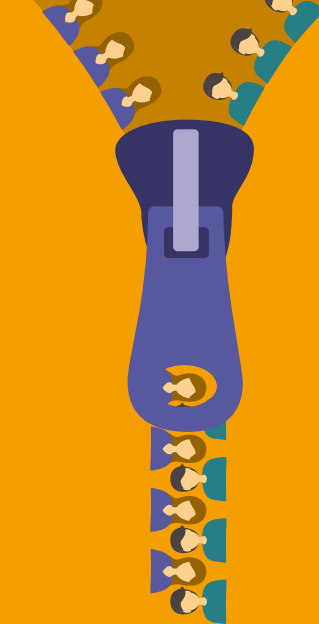
Wie funktioniert ein Paritätswahlgesetz?

Das deutsche Wahlsystem beruht auf einem »personalisierten Verhältniswahlrecht« und sieht zwei Stimmen vor: die Erststimme für den oder die Direktkandidat*in im Wahlkreis sowie die Zweitstimme für die Liste einer Partei. In

einem Paritätswahlgesetz werden alle Parteien, die zur Wahl zugelassen werden, dazu verpflichtet, ihre Wahllisten alternierend – als eine Art »Reißverschluss« – mit Frauen und Männern zu besetzen. Solche Vorgaben werden bereits jetzt in manchen Parteien freiwillig praktiziert.

Eine Vorschrift, die vorsieht, die Listen hälftig mit Frauen und Männern zu besetzen, würde voraussichtlich dazu führen, dass Frauen auf den hinteren, wenig aussichtsreichen Plätzen landen. Daher ist das »Reißverschlussprinzip« zu präferieren.

Und die Erststimme? Diese lässt sich nicht »quotieren«. Doch gerade hier dominieren deutlich die Männer. Denn der gewählte Direktkandidat kommt auf jeden Fall ins Parlament. Auch für Direktmandate gäbe es praktikable Paritätsmodelle: Die Anzahl der Wahlkreise könnte halbiert und die Parteien verpflichtet werden, jeweils ein Duo aus einer Frau und einem Mann aufzustellen – wie bei einem »Tandem«. Das Duo mit dem meisten Stimmen wird gewählt. In Frankreich hat dieses »Tandemmodell« bei den Wahlen zu den Départementsräten (vergleichbar mit den Landkreisen in Deutschland) 2015 zu durchschlagen-



dem Erfolg geführt. Das französische Paritätsgesetz gilt im Übrigen für alle politischen Ebenen und hat den Anteil der Frauen deutlich gesteigert.

Macht Berlin das schon?

Nein, bisher nicht. Zwar wird bundesweit – vor allem auf Betreiben von Frauenverbänden und Organisationen wie den Landesfrauenräten – seit rund zehn Jahren über ein Paritätswahlrecht diskutiert. Dagegen wurden immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken ins Feld geführt.

Im Januar 2019 hat der Landtag in Brandenburg als erstes Bundesland ein »Parité-Gesetz« verabschiedet. Das sieht die alternierende Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern vor und gilt für die Landtagswahl ab 2023.

Frauentag als Feiertag

Berlin hat einen neuen Feiertag. Das Abgeordnetenhaus beschloss im Januar 2019 eine Gesetzesänderung, mit der der 8. März – der Internationale Frauentag – zu einem gesetzlichen Feiertag wurde. Damit ist Berlin das erste Bundesland, das diesen Tag zum arbeitsfreien Tag erklärt.

Nach längeren Debatten um ein Für und Wider hatte sich die Koalition aus SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen darauf geeinigt, den Internationalen Frauentag zu einem Feiertag zu erklären. Die CDU lehnte ihn als »sozialistischen Feiertag« ab, mit dieser Aussage zielte sie auf den Frauentag in der DDR, der in der DDR zwar kein staatlicher Feiertag war, aber einen wichtigen Bestandteil des Images des sozialistischen Staates darstellte. Die SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen hatten dagegen argumentiert, die Hälfte der Berliner*innen seien Frauen und der neue Feiertag solle an die Kämpfe und Errungenschaften von Frauen erinnern und die Gleichstellung voranbringen.

Am Frauentag demonstrieren vielerorts Frauen öffentlich für ihre Rechte und fordern Gleichstellung auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie fordern unter anderem Chancengleichheit im Beruf, in Wissenschaft, Wirtschaft und bei Führungspositionen sowie gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

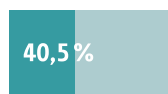
Am 8. März 2019 fand ein bundesweiter Frauenstreik statt. Weil der Tag in Berlin nun ein arbeitsfreier Feiertag ist, gingen mehr Frauen für ihre Rechte auf die Straße.

Politik konkret

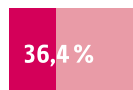
Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland das erste Mal wählen und gewählt werden. Nach einem Jahrhundert Frauenwahlrecht und laut Artikel 3 des Grundgesetzes gesetzlich verordneter Gleichstellung von Frauen und Männern ist diese immer noch nicht vollständig erreicht. Insbesondere bei der politischen Teilhabe ist noch viel zu tun, Frauen sind in den Parlamenten und anderen politischen Gremien nach wie vor unterrepräsentiert. Auch als Mitglieder von Parteien sind Frauen immer noch in der Minderheit.

Woran liegt das? Wie können Frauen für ein politisches Engagement gewonnen werden? Was können Parteien, politische Organisationen und Frauen selbst für mehr politische Beteiligung und Akzeptanz tun? Wir haben drei Frauen gefragt, die Mitglied im Abgeordnetenhaus sind.

Frauenanteil unter den Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien Ende 2018 /Frühjahr 2019



Grüne 77.777 Mitglieder insgesamt



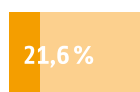
Linke 61.566 Mitglieder insgesamt



SPD 437.754 Mitglieder insgesamt



CDU 415.000 Mitglieder insgesamt



FDP 64.804 Mitglieder insgesamt



CSU 139.000 Mitglieder insgesamt



AfD 34.200 Mitglieder insgesamt

Quelle: ntv.de, abgerufen am 15.7.2019

»Steter Tropfen höhlt den Stein«



**Ines Schmidt, 1960 geboren,
Linkspartei, Mitglied
des Abgeordnetenhauses**

Was machen Sie?

Als frauenpolitische Sprecherin meiner Partei im Abgeordnetenhaus kümmere ich mich um alle Belange, die im weitesten Sinne mit Frauen zu tun haben: Führungspositionen, technische Ausbildungsplätze für Mädchen und Frauen, Partnerschaftsgewalt, Zwangsehen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Alleinerziehende, Gewalt gegen Frauen, Genitalverstümmelung.

Was liegt Ihnen am meisten am Herzen?

Ich möchte die strukturierte Benachteiligung von Frauen beenden – in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft. Dazu nutze ich mein Mandat im Abgeordnetenhaus, indem ich immer wieder auf die Benachteiligung von Frauen hinweise – in Plenardebatten, mit Anfragen, mit öffentlichen Aktionen.

Wie können Frauen sich am besten politisch engagieren?

Frauen dürfen sich nicht mit dem zufrieden geben, was ihnen die Gesellschaft anbietet. Denn Frauen gehört die Hälfte der Macht, also auch die Hälfte der Abgeordnetenplätze, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, öffentliche Anerkennung. Wenn Frauen immer wieder für Gleichberechtigung demonstrieren, laut auf der Straße, nicht nur in Berlin, sondern bundesweit, können diese Proteste etwas erreichen. Steter Tropfen höhlt den Stein.

»Alle Menschen bei Entscheidungen einbeziehen«



**Dr. Ina Czyborra, 1966 geboren,
SPD, Mitglied des Abgeordnetenhauses**

Was machen Sie?

Bis 2016 war ich frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und habe unter anderem dafür gesorgt, dass das Landesgleichstellungsgesetz umgesetzt wird und Frauenzentren und -organisationen langfristig mehr Geld bekommen. Seit 2016 bin ich in meiner Fraktion für Wissenschaftspolitik zuständig. Neben den insgesamt elf staatlichen Universitäten und Hochschulen gibt es über 70 außeruniversitäre Forschungsinstitute und eine Vielzahl privater Hochschulen und Akademien. Nirgendwo sonst in der Republik wird so viel zur Künstlichen Intelligenz geforscht wie in Berlin.

Spannend ist für mich das Berliner Hochschulgesetz: Dabei überschneiden sich Frauen- und Wissenschaftspolitik, beispielsweise bei Fragen wie der Frauenförderung an den Berliner Hochschulen. Dafür arbeite ich eng mit den Frauenbeauftragten der Hochschulen zusammen.

Was liegt Ihnen am meisten am Herzen?

Seit einiger Zeit beschäftige ich mich intensiver mit der »tiefen Demokratie«. Während bei der klassischen Demokratie eine Mehrheit Beschlüsse fasst, will »tiefe Demokratie« alle Stimmen in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Wenn also nicht vorrangig die Interessen weißer, gebildeter, mittelalter Männer berücksichtigt werden, weil sie vielerorts das Sagen haben, sondern gleichberechtigt Menschen gehört werden, die sonst kaum zur Kenntnis genommen werden: Frauen, junge Menschen, Migrantinnen und Migranten. »Tiefe Demokratie« ist also eine Art »integrative Demokratie«.

Wie können sich Frauen am besten politisch engagieren?

Frauen scheuen häufig davor zurück, sich politisch zu engagieren. Dabei ist vieles von dem, was sie täglich in der Elternvertretung, in Vereinen, in Nachbarschaftsinitiativen tun, hochpolitisch.



Sie sind also bestens gerüstet, um Politik aktiv zu gestalten und in Parteien mitzumachen.

Leider wird die Politik nach wie vor von Männern dominiert, hinter den Kulissen ziehen oft »Boygroups« die Fäden. Die Geschichte lehrt uns, dass Frauen nichts geschenkt wird, schon gar nicht in der Politik. Für Frauenrechte müssen wir noch immer streiten, aktuell unter anderem für die paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in den Parlamenten, mehr Frauen in Führungspositionen, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Nicht die Frauen müssen sich ändern, sondern das System. Dazu muss es aber mehr Frauen in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen geben. Und das passiert nur, wenn Frauen sich dort aktiv beteiligen.

»Die beste Lobby für Frauen sind Frauen«



**Katrin Vogel, 1964 geboren,
frauenpolitische Sprecherin der CDU
im Abgeordnetenhaus**

Was machen Sie?

Ich arbeite als Steuerberaterin und bin seit 2003 Mitglied der CDU. Seit 2011 bin ich Mitglied des Abgeordnetenhauses. Dort engagiere ich mich in der Frauenpolitik ebenso wie für Gleichstellung und Diversity und den Tierschutz. Seit 2015 bin ich Landesschatzmeisterin des Unionhilfswerks, ein Träger der freien Wohlfahrtspflege, der aus christlicher und sozialer Verantwortung heraus Hilfe zur Selbsthilfe leistet.

Was liegt Ihnen am meisten am Herzen?

Da weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll. Frauenpolitisch liegt mir vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Herzen, das gilt auch für die Politik.

Daher unterstütze ich den Beschluss der Berliner CDU sehr, die Sonntage grundsätzlich politikfrei zu halten. Ich begrüße es, dass bei Parteiveranstaltungen Eltern eine qualifizierte Kinderbetreuung angeboten wird. Außerdem wird Rücksicht genommen, wenn jemand aus familiären Gründen Termine nicht wahrnehmen kann.

Wie können sich Frauen am besten politisch engagieren?

Nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute, der Anteil berufstätiger Frauen ist in Deutschland seit 2005 stärker gestiegen als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Aber Frauen werden noch immer schlechter bezahlt als Männer. Dagegen können sie aber etwas tun, beispielsweise sich gemeinsam mit mir und meinen Parteifreunden für eine gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit einsetzen und für mehr Frauen in Führungspositionen sorgen. Frauen können sich auch für eine familienfreundlichere Arbeitswelt engagieren. Das Wissen, die Erfahrungen und die Sichtweisen von Frauen, die Beruf und Familie bereits vereinbaren, sind wichtig und notwendig, auch innerhalb der CDU. Die beste Lobby für Frauen und Familien sind Frauen und Familien.

»Keine Abhängigkeit von einem Partner«



Barbara Schaeffer-Hegel, geboren 1936, Historikerin, Politologin und Gründerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) sowie der Femtec GmbH für weiblichen Führungskräfte-nachwuchs in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik

Warum ist es wichtig, dass sich Frauen politisch engagieren?

Noch so viele Gleichstellungsforderungen wie beispielsweise Lohngerechtigkeit sowie mehr Frauen in Führungspositionen und noch so viel »Sozialarbeit« für Frauen wie Frauenhäuser, Frauenbeauftragte, Frauenselbsthilfegruppen beseitigen nicht die strukturellen Gegebenheiten, die immer wieder Ungleichheiten hervorbringen. Die sogenannte »Frauenförderung« ist heute zwar keineswegs überflüssig, aber in ihrer politischen Wirksamkeit ausgereizt.

Heute kommt es vielmehr darauf an, Frauen die gleichen Möglichkeiten und gleichen Rechte in der beruflichen Entwicklung und des außerhäuslichen Engagements einzuräumen wie Männern.

Deswegen ist es heute so wichtig, dass sich Frauen nicht nur für die Aufhebung von Benachteiligungen und für soziale Gerechtigkeit einsetzen, sondern in allererster Linie für Strukturveränderungen, die es jeder Frau ermöglichen, ihre eigenen Potenziale zu entwickeln und zu nutzen. Das können Frauen sowohl in ihrem jeweiligen Berufsumfeld als auch in allen politischen Gremien, beispielsweise in Gewerkschaften und Berufsverbänden, vor allem aber in Parteien und in der Politik bewirken.

Wie können Frauen sich am besten politisch engagieren?

Indem Frauen ein Leben in ökonomischer Unabhängigkeit und mit eigenen beruflichen Zielen verfolgen, statt sich in die Abhängigkeit eines Partners zu begeben. Gleichzeitig sollten sie vor einer Familiengründung sicherstellen, dass sich beide Eltern an der Betreuung der Kinder beteiligen. Ebenso sollten sie darauf achten, dass ihre eigene berufliche Entwicklung nicht ins Stocken gerät, weil sie Kinder haben. Wenn die Erwerbsarbeit – wegen der Kinderphase – unterbrochen werden soll, dann sollte auch die des Partners eine Zeit lang unterbrochen werden. Frauen sind gut beraten, von vornherein

klarzustellen, dass die Freuden und Lasten des Familienlebens von beiden Eltern in möglichst gleicher Weise verantwortet werden.

Haben Männer Nachteile, wenn mehr Frauen in die Politik drängen?

Männer können nur davon profitieren, wenn sie sich die Verantwortung und den Arbeitsaufwand für Familie und Beruf mit ihrer Partnerin teilen. Sie sind im Beruf unabhängiger und stärker, wenn sie nicht die alleinige Verantwortung für die Familie tragen. So erleben sie auch eher, wie Kinder aufwachsen. Wenn sich Männer die Elternverantwortung und die Elternzeit mit ihrer Partnerin gerecht teilen, entwickelt sich auch eine innigere Beziehung zu ihren Kindern.

4

Frauen machen mit



Frauen können sich nicht nur in Parteien und Verbänden politisch engagieren, sondern auch in Frauenprojekten und -initiativen. Diese freuen sich über eine aktive Mitarbeit und Unterstützung.

Einige der größten und wichtigsten Frauenprojekte und -initiativen in Berlin (Auswahl):

ADEFRA – Schwarze Frauen in Deutschland

Adefra ist ein kulturpolitisches Forum von und für Schwarze Frauen mit Sitz in Berlin-Schöneberg. Adefra ist federführend in der politischen und kulturellen Bildungsarbeit, vor allem bei Themen wie Bildungsarbeit für schwarze Frauen und Mädchen, Flucht und Migration. Zudem ist Adefra stark am Austausch der schwarzen Community mit anderen Organisationen und Institutionen beteiligt und vermittelt beispielsweise Referentinnen, darunter Historikerinnen und Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Rassismusforschung und Migration.

► [adepra.com](https://www.adepra.com)

Akelei

Der Verein im Bezirk Marzahn-Hellersdorf unterstützt arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen bei der Planung neuer beruflicher Perspektiven sowie bei der Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Die Beratung erfolgt nach dem Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe« und soll Frauen ermutigen, ihrer Unternehmensidee zu folgen und gleichzeitig das unternehmerische Risiko einzuschätzen. ▶ akelei-online.de

bfn – Berliner Frauennetzwerk

Das Berliner Frauennetzwerk im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Zusammenschluss von Antigewalt- und soziokulturellen Frauenprojekten. Es organisiert politische Aktionen und Aktivitäten zur Durchsetzung frauenpolitischer Ziele in Berlin. Das Netzwerk vertritt Frauenprojekte und -rechte gegenüber politischen Entscheidungsträgern sowie der Verwaltung in Berlin. ▶ berlinerfrauennetzwerk.de

BIG – Beratung bei häuslicher Gewalt

Seit über 20 Jahren setzt sich der Verein gegen häusliche Gewalt ein. BIG hat vor über zwanzig Jahren die bundesweit erste Hilfefhotline ins Leben gerufen. Unter der Berliner Telefonnummer (030) 611 03 00 sind täglich von 8 bis 23 Uhr Beraterinnen zu erreichen, auch an Sonn- und Feiertagen. Die telefonischen wie persönlichen Beratungen erfolgen in 28 verschiedenen Sprachen, darunter Mongolisch, Taiwanesisch, Tigrinya, Urdu, Pandschabi und Paschtu. ▶ big-berlin.info

Box66

Die Box66 ist ein interkulturelles Beratungs- und Begegnungszentrum für Frauen und Familien am Ostkreuz. Es bietet neben Berufsberatungen und Integrationshilfen Kochkurse für Kinder und Erwachsene. Der seit Jahren in der Stadt etablierte Kinderzirkus Cabuwazi hat mit Cabuwazi Beyond Borders sein Repertoire für geflüchtete Kinder erweitert. Migrantischen Künstler*innen bietet Box66 kostenlose Möglichkeiten für Ausstellungen und Bühnen für Kleinkunstdarstellungen. ▶ box66berlin.com

DaMigra – Dachverband der Migrantinnenorganisationen

DaMigra ist der bundesweite Dachverband der Migrantinnenorganisationen mit Sitz in Berlin-Neukölln und aktiv im Kampf gegen Rassismus, Sexismus und soziale Ungleichheit. Die Mitglieder treten als Expert*innen für sozial- und integrationspolitische Inhalte auf und bieten sich als Ansprechpartner*innen für Migrant*innen, Organisationen und politische Akteure an. ▶ damigra.de

FFBIZ – Feministisches Frauenforschungs-, bildungs- und Informationszentrum

Das FFBIZ ist ein feministisches Dokumentations- und Informationszentrum im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, das sich auf die zweite Welle der internationalen Frauenbewegung ab den 1950er und 1960er Jahren spezialisiert hat. Die Bibliothek verfügt über rund 10.000 Bände: Sachliteratur, Nachschlagewerke, Belletristik, zu Themen wie Frauenbewegungen, Gewalt gegen Frauen, Gesundheit, Geschichte, Wissenschaften, Wirtschaft, Politik, Technik. Darüber hinaus übernimmt es Rechercheaufträge zu frauenpolitischen Themen. ▶ ffbiz.de

FFGZ – Feministisches Frauengesund- heitszentrum

Das FFGZ versteht sich als Beratungsplattform zu allen Frauengesundheitsthemen mit dem Ansatz ganzheitlicher Gesundheitsberatung. Es ist mit medizinischen Einrichtungen und medizinischen Expert*innen in Berlin vernetzt und vermittelt Selbsthilfekurse. Das Zentrum im Bezirk Tempelhof-Schöneberg bietet spezifische Angebote für Migrantinnen, erwerbslose Frauen und Frauen, die in ihrer Kindheit und Jugend sexuelle Gewalt erlebten, auch in leichter Sprache. ▶ ffgz.de

Forum Berliner Migrantinnen-Projekte

Das Forum bündelt die zahlreichen Projekte für und mit Migrantinnen in Berlin und hilft mit Wissen und Kompetenz unter anderem in den Bereichen berufliche Qualifizierung, Gewaltschutz, sexuelle Selbstbestimmung, Zwangsverheiratung, psychische Gesundheit. Die Beratungsangebote sind für viele Frauen die erste Anlaufstelle. Die Beratungen finden in vielen Sprachen statt. ▶ migrantinnen-berlin.de

Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Gender and Diversity

Der Arbeitsbereich lehrt und forscht zu Themen rund um Gender and Diversity. Der neue Masterstudiengang »Gender, Intersektionalität und Politik« wurde vor kurzem eingerichtet.

► polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/grundlagen/gender-div/index.html

Frauenzentrum Frieda

Frieda ist ein Kommunikations-, Informations- und Beratungszentrum im Bezirk Friedrichshain, das 1990 aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung heraus entstanden ist. Damals sollte das Frauenzentrum die feministische Frauenbildungsarbeit stärken, Hilfe zur Selbsthilfe leisten und die politische und soziale Arbeit im Bezirk stärken. Heute ist Frieda eines der größten Frauenprojekte Berlins und bietet neben zahlreichen Beratungen und Kursen auch Projekte gegen Stalking und Cyberstalking an.

► frieda-frauenzentrum.de

Frauenzentrum Marie

Das Frauenzentrum im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist in der Wendezeit 1989/90 im »frauenpolitischen Aufbruch« im Osten Deutschlands entstanden. Der Verein ist unter anderem ein Weiterbildungs- und Beratungsprojekt für erwerbslose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Frauen. Unternehmerinnen, Künstlerinnen, Freiberuflerinnen sowie Frauen in Führungspositionen, die ihr eigenes berufliches Wissen an andere Frauen vermitteln möchten, sind herzlich willkommen. ► frauenzentrum-marie.de

Hydra – Beratung für Prostituierte

Hydra ist eine Selbsthilfegruppe für Prostituierte und wurde 1980 von Sexarbeiter*innen als bundesweit erste sogenannte »Hurenorganisation« gegründet. Sie bietet Beratung zu gesundheitlichen Fragen, darunter HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten, sowie zu rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen, die im Zusammenhang mit Prostitution stehen. Zudem bietet Hydra, die in Kreuzberg ihren Sitz hat, Ausstiegshilfen aus der Prostitution und Beratung für eine berufliche Umorientierung an. ► hydra-berlin.de

MaMis en Movimiento

Der Verein ist eine Projekt spanisch sprechender Mütter und Frauen, der sich dem Thema Mutterschaft widmet. Er organisiert Kurse und Veranstaltungen für Mütter und Familie, wobei häufig die Kinder im Vordergrund stehen: zweisprachig aufwachsen, spielen, sportlich aktiv sein. Für Frauen gibt es unter anderem Sprachkurse und Unterstützung beim Berufseinstieg. Elternarbeit konzentriert sich auf pädagogische Konzepte.

► mamisenmovimiento.de

Netzwerk behinderter Frauen

Das Netzwerk behinderter Frauen Berlin versteht sich als Zusammenschluss von Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und als Ergänzung zu den Behindertenverbänden, in denen mehrheitlich Männer politisch aktiv sind und zudem oft nach verschiedenen Behinderungsarten getrennt sind. Das Netzwerk im Bezirk Neukölln betreibt eine Beratungsstelle und verschiedene Selbsthilfegruppen.

► netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

Paula Panke

Das Frauenzentrum im Bezirk Pankow hat sich mit einer zweiten Anlaufstelle im Ortsteil Weißensee der Beratung und Förderung der gesellschaftlichen Partizipation für Frauen, Chancengleichheit sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie verschrieben. Darüber hinaus engagiert sich der Verein in der Anti-Gewalt-Arbeit und betreibt eine Zufluchtswohnung.

► paula-panke.de

Polnische Frauen in Berlin

In Deutschland leben 860.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund. Damit sind Pol*innen nach den Türk*innen (1.480.000) die zweitgrößte Gruppen von Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Polinnen finden in dem erst wenige Jahre alten Verein Ansprechpartnerinnen für ihre Belange: Kindererziehung, Integration, Berufsorientierung, Gesundheitswesen, Deutschlernen, Kommunikation.

► polkiwberlinie.de

Quelle für die Zahlen: www.bva.bund.de/DE/Das-BVA/Aufgaben/A/Auslaenderzentralregister/azr_node.html

TdF – Terre des Femmes

Terre des Femmes ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen. Die Nichtregierungsorganisation mit Sitz im Bezirk Mitte engagiert sich für Menschenrechte und unterstützt Frauen und Mädchen durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, gezielte Aktionen, persönliche Beratung und Förderung von einzelnen Projekten im Ausland. Terre des Femmes kämpft unter anderem gegen sexuelle Gewalt, Genitalverstümmelung, Gewalt im Namen der Ehre, das Mädchenkopftuch und Prostitution. ▶ frauenrechte.de

ÜPFI – Überparteiliche Fraueninitiative »Berlin - Stadt der Frauen«

Das Bündnis politisch engagierter Frauen mit Sitz im Bezirk Pankow entstand 1992 im Berliner Abgeordnetenhaus. Es besteht aus aktiven und ehemaligen Politikerinnen der Fraktionen des Abgeordnetenhauses und der Berliner Landesregierung sowie aus Mitgliedern von Gewerkschaften, Frauenprojekten, wissenschaftlichen Institutionen, Hochschulen, Medien und weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens. ▶ berlin-stadtdfrauen.de

UCW – Unternehmerinnenzentrum City West

Das UCW ist ein Zentrum für Unternehmerinnen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf mit 250 verschiedenen Dienstleistungen: Gesundheitsangebote bis hin zur Entspannungsberatung, beruflich-fachliche Kompetenz, Beratung in rechtlichen Fragen, Computerschulungen, Finanzcoaching, Stadtplanung, Lektorat, Verlags- und Versicherungsservice bis hin zur Werbung. ▶ ucw-berlin.de

WeiberWirtschaft – Frauengründerinnenzentrum

Die WeiberWirtschaft im Bezirk Mitte ist Europas größtes Gründerinnen- und Unternehmerinnenzentrum mit etwa 1.700 Genossenschafterinnen. In dem sanierten Gewerbehof finden sich rund 65 frauengeführte Unternehmen, darunter Steuer- und Unternehmensberatungen, Arztpraxen, eine Buchhandlung, eine Apotheke, ein sozialwissenschaftliches Institut sowie Ateliers und zahlreiche Non-Profit-Organisationen wie der Deutsche Juristinnenbund. Zur WeiberWirtschaft gehören eine Kindertagesstätte, eine Kantine und ein Tagungsbereich. Das Gründerinnenzentrum bietet Mitgliedern als Starthilfe in die Selbstständigkeit einen Mikrokredit an.

▶ weiberwirtschaft.de

Xochicuicatl

Der Verein ist ein Selbsthilfeprojekt lateinamerikanischer Frauen, der Frauen bei der Migration und der Integration berät und begleitet: Integration in den Arbeitsmarkt, Erziehungshilfe, Hilfe bei Partnerschaftsgewalt, juristische und psychologische Beratung. Der Verein bietet zudem Sprach- und künstlerische Kurse sowie Filmabende an. ▶ xochicuicatl.de

ZIF – Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt Universität zu Berlin

Das Zentrum koordiniert Forschung, Recherche und Lehre im Bereich der Geschlechterforschung und der Gender Studies in allen beteiligten Fachdisziplinen an der Humboldt-Universität im Bezirk Mitte. Es bietet den transdisziplinären Master-Studiengang Gender Studies an und spielt eine wichtige Rolle in der Kommunikation im Bereich Gender-Forschung, sowohl deutschlandweit als auch in Europa sowie im angloamerikanischen Raum. ▶ gender.hu-berlin.de/de

Impressum

Idee: Anna Stahl-Czechowska

Autorin: Simone Schmollack

Fachlektorat: Lotte Thaa

Projektkoordination: Julia Hasse und Dr. Christine Rabe

Fotonachweis: Die Bilder wurden von den Gesprächspartnerinnen für diese Broschüre zur Verfügung gestellt.

Herausgebende:

Landesfrauenrat Berlin e.V. im UCW
Sigmaringer Straße 1 | 10713 Berlin
landesfrauenrat-berlin.de

Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Amerika Haus | Hardenbergstraße 22–24 | 10623 Berlin
berlin.de/politische-bildung

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag
jeweils 10–18 Uhr

Layout und Illustration: minkadu Kommunikationsdesign Berlin

Druck: ARNOLD group

Berlin, Oktober 2019

